

Universität Bielefeld  
Fakultät für Soziologie  
Forschungsschwerpunkt Entwicklungsplanung/-politik  
Lehrforschung „Dezentralisierung, Zivilgesellschaft und Entwicklung“  
SoSe 04/WiSe 04/05  
Veranstalterin/Prüferin: Prof. Dr. Gudrun Lachenmann  
Zweitprüferin: PD Dr. Birgit Riegraf

## Interaktion und Aushandlung auf der Ebene der Landgemeinde: Lokale Selbstverwaltung, zivilgesellschaftliche Gruppen und Staat im Dezentralisierungsprozess im Senegal

Lehrforschungsbericht  
(Senegal, Region Kaolack, 30.07.2004 – 10.10.2004)

vorgelegt von:

Daniel Krenz-Dewe  
6. Semester Soziologie Diplom

Bielefeld, 30.3.2005

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Lehrforschung Senegal 2004/2005.....</b>	<b>S.1</b>
1.1. Rahmen der Feldforschung.....	S.1
1.2. Kontext: Dezentralisierung, Zivilgesellschaft, Entwicklung.....	S.2
1.3. Fragestellungen.....	S.3
<b>2. Forschungsmethoden und analytischer Zugang.....</b>	<b>S.3</b>
<b>3. Lokale Selbstverwaltung in Medina Sabakh.....</b>	<b>S.6</b>
3.1. Der Landgemeinderat und seine Organe.....	S.7
3.2. Die soziale Herkunft der Landgemeinderatsmitglieder: Versuch einer Typenbildung.....	S.8
3.3. Geschlechterverhältnisse in der lokalen Selbstverwaltung.....	S.10
3.4. Alt und Jung in der lokalen Selbstverwaltung: Generationenkonflikt oder Frage der Bildung?.....	S.12
3.5. Traditionelle Strukturen und lokale Selbstverwaltung: Alte Eliten in neuem Gewand? .....	S.14
3.6. Medina Sabakh und die kleinen Dörfer: Wissensgefälle und Misstrauen.....	S.17
3.7. Die Eigenfinanzierung der lokalen Selbstverwaltung.....	S.20
3.8. Lokale Selbstverwaltung und Interaktion mit anderen Akteuren in der lokalen Arena.....	S.21
3.8.1. Lokale Selbstverwaltung und Staat: Partnerschaft oder Bevormundung?.....	S.21
3.8.2. Lokale Selbstverwaltung und deutsch-senegalesische Zusammenarbeit.....	S.24
3.9. Wahrnehmung von eigener Gestaltungsmacht.....	S.29
<b>4. Zivilgesellschaft in Medina Sabakh.....</b>	<b>S.30</b>
4.1. Die zivilgesellschaftlichen Gruppen und ihre Gestaltungsmacht.....	S.31
4.1.1. Die Jugendorganisation: Fußballfans oder dynamische Modernisierer?.....	S.31
4.1.2. Die Frauengruppen: Überlebenssichernde Notwendigkeit oder politisch-ökonomische Größe?.....	S.33
4.2. Zivilgesellschaft und Staat.....	S.35
4.2.1. Perspektiven der StaatsvertreterInnen.....	S.35
4.2.2. Jugendorganisation und Staat.....	S.36
4.2.3. Frauengruppen und Staat.....	S.37
4.3. Zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Selbstverwaltung.....	S.38
<b>5. Bedingungen und Diskurse in der Landgemeinde.....</b>	<b>S.40</b>
5.1. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit.....	S.40
5.2. Geschlechterverhältnisse.....	S.43
5.3. Diskurse in der Landgemeinde.....	S.44
<b>6. Schlussbetrachtung: Dezentralisierung und Demokratie: Probleme und Möglichkeiten.....</b>	<b>S.46</b>
<b>Literatur.....</b>	<b>S.49</b>
<b>Anhang: Liste Datenmaterial</b>	

## **1. Lehrforschung Senegal 2004/2005**

### **1.1. Rahmen der Feldforschung**

Dieser Lehrforschungsbericht ist entstanden im Rahmen des zweisemestrigen Lehrforschungsseminars „Dezentralisierung, Zivilgesellschaft, Entwicklung“ im Sommersemester 2004 und Wintersemester 2004/05 am Schwerpunkt Entwicklungsplanung und -politik der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld. Dem Lehrforschungsseminar ging eine Regionalanalyse zu Westafrika im Wintersemester 2003/04 voran. In den Seminaren wurde zudem Mittelamerika im Vergleich behandelt, so dass einige KommilitonInnen Feldforschungen in Mexiko und Nicaragua durchführten. Veranstalterin des Seminars und Betreuerin des Feldaufenthaltes war Frau Prof. Dr. Lachenmann. Der Aufenthalt im Senegal erfolgte in der vorlesungsfreien Zeit im Sommer vom 1.8. bis 10.10. 2004. Insgesamt bildeten wir eine Gruppe von acht Studierenden, die in den Senegal reiste.

Die Feldforschungen fanden in den senegalesischen Regionen Kaolack und Fatick statt. Ich absolvierte einen Aufenthalt von knapp sieben Wochen in der Landgemeinde Medina Sabakh im Süden der Region Kaolack gemeinsam mit meiner Kommilitonin Yulika Ogawa-Müller. Einen großen Teil der Forschungsarbeit führte ich mit ihr gemeinsam durch. Einladende Organisation war die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) bzw. die Senegalesisch-Deutsche Zusammenarbeit, die im untersuchten Gebiet das Programm zur Armutsbekämpfung im (senegalesischen) Erdnussbecken<sup>1</sup> („Lutte contre la pauvreté au milieu rural dans la région du Bassin Arachidier“) mit der Komponente der Unterstützung der Landgemeinden durchführt. Es erfolgte eine kontinuierliche Betreuung unserer Gruppe in Form regelmäßiger Treffen am Sitz des Projektes zur Unterstützung der Landgemeinden (s. Kapitel 3.8.2.) in Kaolack. In einem Abschlussgespräch konnten wir den uns mit großer Motivation unterstützenden senegalesischen MitarbeiterInnen und dem deutschen Experten schon einige Ergebnisse unserer Forschungsarbeit vorstellen und mit ihnen darüber diskutieren. Auch kamen wir als Lehrforschungsgruppe regelmäßig zusammen, um unsere Zwischenergebnisse und erste Interpretationen zu diskutieren. Die Feldforschungsarbeit erfolgte im Wesentlichen in französischer Sprache. Ansonsten wurden ÜbersetzerInnen bemüht, da große Teile der Bevölkerung nur die nationale Sprache Wolof oder andere Sprachen sprechen.

Die Finanzierung der Feldaufenthalte ermöglichte zum Teil der Deutsche Akademische Auslandsdienst (DAAD) durch die Vergabe von Kurzstipendien. Der GTZ, dem DAAD sowie allen anderen UnterstützerInnen der Forschungsarbeit wird hiermit Dank ausgesprochen.

---

<sup>1</sup> ehemaliges Hauptanbaugebiet der staatlichen Erbnusswirtschaft, umfasst die Regionen Kaolack und Fatick.

## **1.2. Kontext: Dezentralisierung, Zivilgesellschaft, Entwicklung**

Thematischer Hintergrund der Lehrforschung ist der Dezentralisierungsprozess im Senegal. Im Rahmen der 1996 erlassenen Dezentralisierungsgesetze erfolgte eine Übertragung von politischen Zuständigkeitsbereichen an die regionale und kommunale Ebene der öffentlichen Verwaltung. Uns interessierte jedoch vornehmlich die nun mit politischer Eigenverantwortung agierende lokale Selbstverwaltungsebene der Landgemeinden (*communauté rurale*). Hier existieren von der Bevölkerung gewählte Landgemeinderäte. Der Zentralstaat hat im Gegensatz zu vorher keine a-priori-Kontrolle mehr, aber immer noch eine a-posteriori-Kontrolle über die lokale Politik. Das heißt, er muss weiterhin alle Beschlüsse der Gemeinden billigen. Die hier stattfindenden Aushandlungsprozesse in Bezug auf den lokalen Entwicklungsprozess im ländlichen Bereich standen im Mittelpunkt unseres Interesses. Auf dem Land waren lange Zeit Politikmüdigkeit und Probleme mit sich ausweitender Landflucht besonders der jungen Generation zu verzeichnen. Wichtige Aspekte für die Landgemeinden sind die Finanzierung der Arbeit auf der lokalen Politikebene, sowie die Möglichkeit auch für die nicht den traditionellen Eliten angehörigen Bevölkerungsgruppen, Zugang zu finden. Hier wurde auch der im Jahr 2000 erfolgte Regierungswechsel auf der nationalen Ebene nach 40jähriger Herrschaft der Sozialistischen Partei und dessen Konsequenzen im ländlichen Bereich mit in die Überlegungen einbezogen.

Zusätzlich betrachteten wir die als Akteure der Zivilgesellschaft zu bezeichnenden Gruppen, die Teil der in Reaktion auf die in den 1980er Jahren erfolgten Strukturanpassungsmaßnahmen der senegalesischen Wirtschaft entstandenen Selbsthilfestrukturen sind. Hier ging es um selbstorganisierte Bauernorganisationen, die sich teilweise auch als Frauen- oder Jugendgruppen organisierten. Die Frage war, wie sich diese Gruppen unter den neuen Bedingungen positionieren können und wie weit sie in der Lage sind, innerhalb der lokalen Demokratie gestaltend und kontrollierend gegenüber der Selbstverwaltung aufzutreten. Diese Gruppen leisten weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung im ländlichen Bereich und müssen insofern in den lokalen Entwicklungsprozess einbezogen werden (vgl. Lehrforschung Senegal 2005: S.2ff; Exzerpt Bleibaum 2005). Der Einbezug und die Stärkung der Zivilgesellschaft wird auch für den Erfolg des Dezentralisierungsprozesses als wichtig angesehen z.B. im Sinne einer bürgerschaftlichen Verantwortung (Pitschas 2001, S.129) oder auch eines Bürgerengagements verbunden mit der besseren Berücksichtigung lokalen Wissens (Thomi 2001, S.35).

### **1.3. Fragestellungen**

Ich bin während meiner Feldforschung der Leitfrage nachgegangen, ob es durch den Dezentralisierungsprozess bereits gelungen ist oder in Aussicht steht, einen dynamischen und lokal verwurzelten Entwicklungsprozess im Rahmen der lokalen Demokratie einzuleiten. Dazu wollte ich herausfinden, wie es um die tatsächliche Gestaltungsmacht der lokalen Selbstverwaltung bestellt ist. Kann sie sich von den staatlichen Stellen emanzipieren? Gelingt es ihr, die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung zu finden und kann sie den alten Klientelismus<sup>2</sup> der traditional geprägten ländlichen Gesellschaft überwinden? Des Weiteren habe ich, im Rahmen der Leitfrage versucht, die Gestaltungsmacht der zivilgesellschaftlichen Gruppen herauszuarbeiten. Sind auch sie in der Lage sich von staatlicher Bevormundung freizumachen? Können sie in der lokalen Arena eine Kontrollfunktion gegenüber der Selbstverwaltung einnehmen und darüber hinaus den Entwicklungsprozess im Sinne einer sozialen Bewegung mitgestalten? In diesem Bericht wird versucht, auf diese Fragen Antworten zu geben.

### **2. Forschungsmethoden und analytischer Zugang**

Der Zugang ins Feld erfolgte mit großer Unterstützung der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) bzw. der Senegalesisch-Deutschen Zusammenarbeit (Entwicklungszusammenarbeit / EZ). Die senegalesischen MitarbeiterInnen und der deutsche Experte in Kaolack stellten uns ihre derzeitige Arbeit in den Landgemeinden der senegalesischen Regionen Kaolack und Fatick vor und schlugen uns anschließend einige Landgemeinden zur Durchführung unserer Fallstudien vor. Wir hatten dann einige Tage lang die Gelegenheit, in den Büroräumen der EZ Dokumente zu lesen und zu exzerpieren. Vor allem waren die lokalen Entwicklungspläne der jeweiligen Landgemeinden von Interesse. Zwei MitarbeiterInnen der EZ brachten uns später mit einem ihrer Fahrzeuge in die Gemeinde und stellten uns dem zuvor von ihnen kontaktierten Landgemeinderatspräsidenten vor. Dieser nahm mich und meine Kommilitonin in sein Haus auf.

Die Untersuchung einer Landgemeinde wurde im Sinne einer Fallstudie (Flick 2003, S.253) durchgeführt. Die Datenerhebung und –analyse für diesen Lehrforschungsbericht stützen sich auf die qualitative Sozialforschung. Das zu Grunde liegende Datenmaterial wurde vor allem durch narrative, biographische und Experteninterviews sowie durch teilnehmende Beobachtung erhoben. Bei qualitativen Interviews geht es darum, „Situationsdeutungen oder

---

<sup>2</sup> Die ländliche Gesellschaft im Senegal war und ist bis heute teilweise stark geprägt von Klientelbeziehungen. So z.B. nimmt der traditionelle Dorfchef meistens die Rolle eines Patrons ein, an den die Bewohner Bitten richten können. Dies widerspricht einem demokratischen Verwaltungsverständnis.

Handlungsmotive in offener Form zu erfragen, Alltagstheorien und Selbstinterpretationen differenziert und offen zu erheben“ (Hopf 2003, S.350). Es wurde versucht die Interviews mit einer erzählgenerierenden Frage einzuleiten und die InterviewpartnerInnen zu einem Erzählfluss im Sinne von Fritz Schütze zu motivieren (Schütze 1976, zit. n. Hopf 2003, S.355). Die Interviews wurden meistens nach einem zuvor erstellten Leitfaden geführt, wobei dieser nur ein grobes Raster darstellte und je nach Verlauf des Interviews abgeändert wurde. Die meisten Interviews führte ich mit meiner Kommilitonin gemeinsam, einige führte ich alleine. Die teilnehmende Beobachtung wurde zum Teil bei Sitzungen zum Beispiel des Landgemeinderates angewandt. Andererseits war der Aufenthalt im Dorf generell im Sinne einer teilnehmenden Beobachtung ausgerichtet. Durch die Unterbringung im Haus einer einheimischen Familie wurden die Grenzen zwischen forschungsbezogenen und privaten Kontakten verwischt. Teilnahme meint in diesem Sinne mehr als Anwesendsein, „es bedeutet dabei sein, mitmachen, beteiligt sein“ (Fischer 2002, S.10). Wir lebten während des Aufenthaltes mit den Menschen im Dorf und viele interessante Daten ergaben sich aus informellen Gesprächen oder Beobachtungen. Es war somit in begrenztem Rahmen möglich, eine Innensicht in den Alltag der Leute im Feld zu bekommen. Es wurde versucht, die Methoden flexibel nach den sozial vorstrukturierten Erfordernissen der Forschungssituation einzusetzen im Sinne von Glaser/Strauss (1984, S.106). Die Interviews wurden größtenteils auf Kassette aufgenommen und schon vor Ort oder später nach dem Aufenthalt transkribiert. Dabei haben meine Kommilitonin und ich die gemeinsam geführten Interviews aufgeteilt. Beobachtungs-, Gesprächs- und sonstige Gedächtnisprotokolle wurden vor Ort in einem Feldtagebuch festgehalten.

Die Datenanalyse aber auch schon die Erhebung folgte dem Schema der gegenstandsbezogenen Theorie (Grounded Theory) nach Glaser und Strauss. Dabei vermischen sich beide Vorgänge. Daten werden erhoben, kodiert und analytisch reflektiert und wieder werden vor dem Hintergrund der schon gesammelten Daten neue Daten erhoben (ebd, S.95). Die Kodes ergaben sich zum einen aus im Feld üblichen Begriffen, sogenannte emische Ausdrücke, und zum anderen aus abstrakten Kategorisierungen, die bei der Reflexion über die Daten eingesetzt wurden (vgl. Strauss 1994, S.64). Die Auswahl weiterer InterviewpartnerInnen folgte hier auch vor dem Hintergrund der schon erhobenen Daten und der sich daraus ergebenden Annahmen im Sinne des Theoretical Sampling (ebd. S.70). Bei der Datenanalyse war auch die Einbeziehung von Kontextwissen besonders wichtig. Es wurde versucht, eine Verknüpfung zu weiteren gesellschaftlichen Zusammenhängen herzustellen im Sinne von Strauss (1994, S.36/41) und Lachenmann (1995, S.12).

Der grundsätzliche Analyserahmen war der Interface-Ansatz nach Long (1992). Dieser schließt in weiten Teilen an die von Schütz und Luckmann (2003) inspirierte phänomenologische Lebensweltanalyse an. Die Phänomenologie geht von den Erfahrungen des einzelnen aus und bearbeitet diese in reflexiver Form (Hitzler/Eberle 2003, S.110). Die Lebenswelt stellt den unmittelbar gegebenen Erfahrungsrahmen des/der Handelnden dar. Sie strukturiert sich zeitlich und räumlich abhängig von dessen/deren (sozialer) Position. Dementsprechend strukturiert sich der jeweils vorhandene Wissensvorrat und die sich daraus ergebenden Relevanzstrukturen (Schütz/Luckmann 2003, passim). Diese Relevanzstrukturen werden in der Lebensweltanalyse durch die Forschungsarbeit rekonstruiert, im Sinne einer Konstruktion zweiter Ordnung. Lachenmann (1995, S.18/24) betont die Wichtigkeit des Verstehens der Relevanzstrukturen der Bevölkerung in der Entwicklungsforschung. Long geht davon aus, dass auch die Bevölkerung an der Basis im Rahmen der Entwicklungsarbeit über eigene Handlungsmächtigkeit (agency) verfügt. Diese ergibt sich aus der Verfügung über Wissen und der Fähigkeit, soziale Beziehungen zu generieren und zu handhaben. Auch geht es dabei um Kämpfe um Bedeutungen und Zuschreibungen (Long 1992, S.23/24). Vor diesem Hintergrund und der notwendigerweise verschiedenartigen Wissensvorräte und Relevanzstrukturen der Akteure in der lokalen Arena (Lokale Selbstverwaltung, Staat, EZ, verschieden machtvolle soziale Gruppen; der Begriff der Arena wird verwendet im Sinne von Bierschenk/O. de Sardan 1999, S.38/39) schlägt Long den Interface-Ansatz zur Analyse der Entwicklungsprozesse vor. Der Ansatz stellt sowohl ein methodologisches Instrument zur Analyse wie auch eine Forschungsmethode dar (Lachenmann 1995, S.24). Das Aufeinandertreffen (encounter) von Akteuren mit unterschiedlichem Zugang zu verschiedenen Wissenssystemen und -formen, unterschiedlichen Zielen und Zugang zu verschiedenartigen sozialen Netzwerken wird analysiert. Dabei geht es nicht nur um persönliche Begegnungen, sondern auch um die Interaktion verschiedener Institutionen und sonstiger Machtzusammenhänge. Es kommt, vor dem Hintergrund des Konzepts der Handlungsmächtigkeit (agency) auch derer, die nicht über formal politische oder ökonomische Macht verfügen, zu dynamischen Aushandlungsprozessen (Long 1992, S.214). Die Dateninterpretation erfolgte auch gemeinsam in der Gruppe im zweiten Teil des Lehrforschungsseminars im Wintersemester 2004/05.

Für meine Kommilitonin und mich war während der Forschungsarbeit besonders der Sohn des Landgemeinderatspräsidenten wichtig. Ihm kam die Stellung eines Gatekeepers zu (vgl. Lachenmann 1995, S.5). Er stellte Kontakten her, vermittelte InterviewpartnerInnen und übersetzte oft für uns, da viele Leute nur Wolof sprachen. Es ist klar, dass die Arbeit mit einem Übersetzer eine Kompromisslösung ist. Es kam dabei zu Problemen wie etwa, dass der

Übersetzer die Fragestellung kommentierte, die Antworten bewertete oder es zu Missverständnissen kam, wobei auch er für uns ein hilfreicher Informant war. Auch unsere Rolle im Feld bzw. die uns zugeschriebenen Identitäten müssen kritisch reflektiert werden. So wurden wir als Weiße immer mit einer Möglichkeit eventuell an Projektmittel zu kommen assoziiert, was die Aussagen in den Interviews beeinflusst haben mag. Wir wurden z.B. gefragt, ob wir eine Partnerschule in Deutschland für die örtliche Schule finden könnten. Darüber hinaus wurden wir sicherlich mit der EZ in Verbindung gebracht weshalb man die Projekte der EZ uns gegenüber eventuell besonders oft positiv erwähnt hat. Auch wohnten wir beim Landgemeinderatspräsidenten, was einer gewissen Neutralität sicher zu wider lief andererseits aber erlaubte, bestimmte informelle Machtstränge<sup>3</sup> zu beobachten. Schließlich wurden wir in den kleinen Dörfern auch als Leute aus Medina Sabakh wahrgenommen, denen dort zunächst mit Misstrauen begegnet wird (vgl. Kapitel 3.6.). So hatte ich beispielsweise einmal den Eindruck als ich nach der Landsteuer fragte, dass die Leute dachten, ich wolle die Zahlung der Steuer kontrollieren (M<sup>4</sup> 40d, Interview mit Bauern in Santhie Sader, 23.9.<sup>5</sup>). Auch machte es die Zuweisung und nicht zu vermeidende Übernahme von Geschlechterrollen im Feld nicht immer leicht. Frauen waren mir gegenüber meistens sehr zurückhaltend, so dass es schwierig war, Interviewpartnerinnen zu finden. Insofern war es von Vorteil, mit meiner Kommilitonin gemeinsam Interviews führen und Material austauschen zu können. In den Interviewsituationen selbst kam es neben den sprachlichen Problemen zu Schwierigkeiten, wenn viele Leute anwesend waren, was des Öfteren der Fall war. So konnten in der traditionellen Hierarchie unten Positionierte und im allgemeinen Frauen in Anwesenheit von weiter oben Positionierten, im Allgemeinen Männern, sicher weniger frei sprechen. Oft war es auch aus verschiedenen Gründen nicht möglich, in einen Redefluss zu kommen. Z.B. musste ein Händler während des Interviews zwischen den Fragen seine Kundschaft bedienen.

### **3. Lokale Selbstverwaltung in Medina Sabakh**

In diesem Kapitel soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit die lokale Selbstverwaltung, d. h. vor allem der Landgemeinderat und seine Organe, über Gestaltungsmacht in Bezug auf den Entwicklungsprozess verfügt. Gleichzeitig soll die Lage der lokalen Demokratie, deren zentrale Einrichtung der Landgemeinderat ist, untersucht werden. Beides dient der Beantwortung der Leitfrage nach der Möglichkeit, durch die Dezentralisierung einen dynamischen und demokratisch organisierten lokalen Entwicklungsprozess einzuleiten. Die

---

<sup>3</sup> Wenn z.B. der Stellvertreter des Unterpräfekten abends zum Essen kam.

<sup>4</sup> M steht für Materialnummer, das Material wird im Anhang aufgelistet.

<sup>5</sup> Alle Datumsangaben bei Materialien beziehen sich auf das Jahr 2004.

lokale Selbstverwaltung wird zum Einen in ihren inneren Strukturen unter Berücksichtigung bestimmter Problemlagen untersucht und zum Anderen als ein Akteur unter mehreren in der lokalen Arena der Landgemeinde, mit denen sie sich in Interaktion befindet.

### **3.1. Der Landgemeinderat und seine Organe**

Bei dem Landgemeinderat handelt sich um ein Gremium von 32 Ratsmitgliedern. Diese werden über Parteilisten gewählt. In Medina Sabakh sind die Parteien *Partie Socialiste (PS)*, *Partie Démocratique Sénégalaise (PDS)* und *Alliance des Forces du Progrès (AFP)* im Landgemeinderat vertreten (vgl. *PLD Medina Sabakh 2003, S.89*). Der Landgemeinderatspräsident gehört der PS, d.h. der früheren Regierungspartei an. Das Parteiwesen auf der lokalen Ebene scheint jedoch nur für das Listenwahlverfahren relevant zu sein. Der Landgemeinderat kommt ca. einmal in Monat zusammen. Auf den Sitzungen werden zukünftige Projekte der Landgemeinde diskutiert und Beschlüsse gefasst. Die Landgemeindeebene ist zuständig für die Behandlung von neun Politikbereichen: Liegenschaften, Umwelt und Management der natürlichen Ressourcen, Gesundheit und Soziales, Jugend und Sport, Kultur, Bildung, Planung, Raumordnung, Stadtplanung und Wohnungsbau (vgl. Schäfer 2002, S.1). Dazu wurden innerhalb des Landgemeinderates sechs Ausschüsse gebildet: Der Umweltausschuss, der Gesundheitsausschuss, der Bildungs- bzw. Schulausschuss, der Jugendausschuss, der Ausschuss für Landvergabe und der Finanzausschuss. Die Ämter der Ausschussvorsitzenden sowie das Amt des Landgemeinderatspräsidenten werden intern vergeben. Der Landgemeinderatspräsident wird dabei durch den Rat gewählt. Hier wurde von einem der weiblichen Mitglieder im Gemeinderat darauf hingewiesen, dass der aktuelle Landgemeinderatspräsident gewählt wurde, weil er es mehr verdient gehabt hätte und älter sei als sie selbst, die eigentlich auch Ambitionen auf den Posten hatte (M 20, Vorsitzende Finanzausschuss III, 4.9.). Das heißt die Ämter werden eher nach sozialer Stellung als politischer Qualifikation vergeben.

Die Projekte, über die zur Zeit des Feldaufenthaltes vorrangig im Landgemeinderat diskutiert wurde, sind: Der Bau des Auto- und Busbahnhofes in dem an der Grenze zu Gambia gelegenen Dorf Poste Keur Ayib und die Neugestaltung des Marktplatzes von Medina Sabakh. Zusätzlich läuft der Bau eines neuen Fußballstadions bzw. eines umzäunten Fußballplatzes mit Sitztribünen, ein Projekt, das sich schon in der Durchführung befindet, aber in der Landgemeinde einen hohen Stellenwert hat (M 27, Beobachtungsprotokoll Landgemeinderatssitzung, 15.9.). Mit all diesen Projekten verbindet sich die Hoffnung, durch Gebührenerhebung das Finanzaufkommen der Gemeinde anheben zu können.

Neben dem Landgemeinderat und seinen Ausschüssen existieren für einige Infrastrukturprojekte Verwaltungskomitees. So z.B. für den Gesundheitsposten der Gemeinde und für die der Wasserversorgung dienenden Tiefbohrungen mit motorisierter Pumpanlage (forage<sup>6</sup>). Diese Komitees sind nicht direkt dem Landgemeinderat angeschlossen. Sie sind Teil einer parallel existierenden Struktur, die aus der früheren Selbsthilfebewegung hervorging. Die Mitglieder werden z.B. im Falle des Verwaltungskomitees für den Gesundheitsposten von einem Gremium unter der Leitung des Unterpräfekten<sup>7</sup> gewählt, das sich aus den 58 traditionellen Dorfchefs der Gemeinde und 8 VertreterInnen von Frauengruppen und 8 Vertretern von Jugendgruppen zusammensetzt.

### **3.2. Die soziale Herkunft der Landgemeinderatsmitglieder: Versuch einer Typenbildung**

Der Versuch unter den Mitgliedern des Landgemeinderates einige typisch anzutreffende Karrieren bzw. Lebensläufe unter Einbezug der sozialen Herkunft zu identifizieren, soll ein Weg sein, sich dem sozialen Raum des Landgemeinderates analytisch zu nähern. Ich lehne mich hier an Giorgio Blundo (2000, S.76ff.) und seine Analysen der lokalen Selbstverwaltung im Senegal an. In meiner eigenen Feldforschung konnte ich vor allem drei verschiedene „Typen“ von Ratsmitgliedern antreffen:

Zehn der Ratsmitglieder stammen aus der traditionell oberen Schicht (notables) im Dorf bzw. der Gemeinde (vgl. PLD, République du Sénégal 2003, S.91). Fünf davon gehören der Familie des Dorfchefs von Medina Sabakh an. Zwei Ratsmitglieder aus dieser Familie konnte ich befragen: Einer der beiden ist ein älterer<sup>8</sup> Mann, der uns von unserem Übersetzer als ein großer Bauer beschrieben wurde (M 6, Interview Vorsitzender Landvergabeausschuss I, 20.8.). Er hat im Landgemeinderat das Amt des Vorsitzenden des Ausschusses für Landverteilung inne. Daneben ist er Vorsitzender eines GIE (groupement d'interêt économique), einer formal registrierten bäuerlichen Gruppierung (vgl. Lachenmann 1991), und ist auch Stellvertreter des Imam in Medina Sabakh. Das heißt er vereint in seiner Person eine machtvolle Position in der lokalen Selbstverwaltung, eine starke ökonomische Stellung und er verfügt über geistliche Macht (M 42, Interview Vorsitzender Landvergabeausschuss III, 25.9.). Während des

---

<sup>6</sup> Für einige französische Begriffe konnte keine direkte Übersetzung gefunden werden. Die im Feld verwendeten französischen Originalbegriffe werden im Folgenden in Klammern ergänzt.

<sup>7</sup> Der Unterpräfekt (Sous Préfet) ist ein staatlicher Beamter auf der Ebene des Landkreises (arrondissement). Medina Sabakh ist auch Sitz des gleichnamigen Landkreises. Dieser umfasst neben der Landgemeinde Medina Sabakh zwei weitere Landgemeinden. Der Unterpräfekt vertritt die staatliche Hoheit in seinem Landkreis.

<sup>8</sup> Bei der Zuschreibung „älter“ beziehe ich mich auf die vor Ort übliche Einteilung von Personen in drei Alterskategorien: 0 bis 35 Jährige werden als „jeunes“ (Junge) bezeichnet, 35 bis ca. 60 Jährige als „adultes“ (Erwachsene) und über 60 Jährige als „personnes de troisième âge“ (Ältere) bezeichnet. Bei der Beschreibung der hier angetroffenen Personen folge ich ihrer Selbstbeschreibung und der Beschreibung anderer im Feld angetroffener Personen.

Aufenthaltes im Dorf konnte ich feststellen, dass er im Dorf eine sehr angesehene soziale Stellung innehat. So wurde ich z.B. darauf hingewiesen, beim Besuch bei ihm, unbedingt vor der Tür die Schuhe auszuziehen und Kola-Nüsse als Geschenk<sup>9</sup> mitzubringen. Dass er nicht französisch gebildet ist, schien ihn in seiner Arbeit im Landgemeinderat nicht einzuschränken. Die Zugehörigkeit zur traditionell obersten Schicht (notables) scheint nach wie vor Autorität zu verleihen. Das verbindet dieses Ratsmitglied auch mit einer der wenigen Frauen im Rat. Auch sie stammt aus der Familie des Dorfgründers. Sie leitet den Finanzausschuss im Landgemeinderat. Sie verfügt ebenfalls über größeren Landbesitz, den sie bewirtschaftet. Sie ist mittleren Alters und unverheiratet, jedoch französischsprachig gebildet. Auch bei ihr ließ sich feststellen, dass sie einige Autorität aus ihrer Familienzugehörigkeit bezieht. Sie begründet ihren Anspruch Politik zu machen auch mit ihrer Herkunft. Ihr Vater sei früher der Landgemeinderatspräsident gewesen und man müsse auch den Verwandten helfen, die sich auch in der Politik befänden (M 16, Interview Vorsitzende Finanzausschuss II, 1.9.).

Weiterhin konnte ich feststellen, dass einige der Ratsmitglieder eine Karriere im Staatsdienst hinter sich haben. So ist zum Beispiel der aktuelle Landgemeinderatspräsident Lehrer im Ruhestand und dementsprechend hohen Alters. Er verfügt über eine höhere französischsprachige Bildung. Diesem „Typ“ ordne ich auch den Vorsitzenden des Umweltausschusses im Rat zu. Er ist mittleren Alters. Er gehört ebenso wie der Präsident nicht der höchsten Schicht an, aber verfügt auch über höhere französischsprachige Bildung. Er hat eine Laufbahn bei einem staatlichen Agrardienst hinter sich und verfügt über gute Kenntnisse der staatlichen Politik und Verwaltungsstrukturen. Er hat einige Jahre außerhalb von Medina Sabakh gearbeitet. Auch hat er Kontakte zu Nichtregierungsorganisationen und Institutionen der ausländischen Entwicklungszusammenarbeit. Diese beiden Ratsmitglieder verfügen aufgrund ihrer Bildung und Laufbahn sowohl über Kenntnisse der gängigen „Codes“, d.h. die entsprechenden Wissensinhalte und Handlungsmuster der Entwicklungscommunity und des Staates. Zusätzlich sind sie auch in die lokalen Strukturen eingebunden und kennen und beherrschen die dort sozial gültigen Denkweisen und Regeln. Insofern lassen sie sich auch mit dem Begriff des Entwicklungsmaklers nach Bierschenk e. al. (2001, S.213) bzw. Blundo (2000, S.74/81ff.) beschreiben. Sie gehören gewissermaßen einer mittleren Schicht zwischen traditionaler, ländlicher Gesellschaft und moderner Gesellschaft an.

Einem weiteren „Typ“ ordne ich ein junges Ratsmitglied und junge Leute in den Verwaltungskomitees zu. Sie sehen sich selbst im Rat bzw. den Komitees explizit als Vertreter der Jungen in der Gemeinde (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus 24.8.; M 25, Interview

---

<sup>9</sup> Übliches traditionelles Gastgeschenk zur Ehrerbietung. Es handelt sich um Nüsse mit leicht berauschender Wirkung.

Jugendaktivist, 8.9.). Auch sind sie in die Strukturen der Jugendorganisationen eingebunden. Sie sind französischsprachig gebildet und betonen die Wichtigkeit der modernen okzidentalen Bildung für die politische Arbeit und Kommunikation mit den staatlichen Stellen (M 2, Beobachtungsprotokoll réunion de santé, 18.8.; M 3, Gesprächsprotokoll Sekretär I, 19.8.; M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.).

Die drei beschriebenen „Typen“ unterscheiden sich durch ihre Verfügung über verschiedene Wissensinhalte bzw. Wissensvorräte und damit ihrer Relevanzstrukturen (vgl. Schütz/Luckmann 2003) aufgrund ihrer verschiedenartigen sozialen Eingebundenheiten in bestehende lokale Netzwerke und Klientelstrukturen. So kann man den sozialen Raum des Landgemeinderates als Interface-Situation nach Long (1992) beschreiben. Das bedeutet, dass die Ratsmitglieder bei internen Diskussionen über z.B. Projekte der Landgemeinde nicht nur als gewissermaßen „neutrale SachbearbeiterInnen“ agieren, sondern in Aushandlungsprozessen auch als VertreterInnen verschiedener Milieus und Orientierungen und als gegenüber ihren jeweiligen sozialen Netzwerken und Klientelen verpflichtete Akteure auftreten. So lässt sich nicht nur die Landgemeinde selbst sondern auch der Landgemeinderat bzw. die lokale Selbstverwaltung als Arena im Sinne von Bierschenk/O. de Sardan (1999, S.38/39) bezeichnen.

### **3.3. Geschlechterverhältnisse in der lokalen Selbstverwaltung**

Unter den 32 Ratsmitgliedern befinden nur fünf Frauen. Ich konnte während des Feldaufenthaltes mit zwei von ihnen sprechen. Es handelt sich um die bereits erwähnte Vorsitzende des Finanzausschusses und die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses. Beide bezeichneten den Anteil der Frauen im Rat als zu gering, für beide folgern daraus Probleme. Frauen seien grundsätzlich den Männern untergeordnet und die Männer trafen tendenziell die wichtigen Entscheidungen: *„Ca pose des problèmes, bien sûr. Même pour nous exprimer, c'est un problème, parce que d'habitude, ce sont les hommes qui décident tout. Les femmes toujours viennent en deuxième position »*<sup>10</sup> (M 46, Interview Vorsitzende Gesundheitsausschuss II, undatiert). Auch werden die sich aus den Lebensumständen ergebenden Möglichkeiten für Frauen, Politik zu machen von einer der Befragten thematisiert. Das politische Engagement nehme viel Zeit in Anspruch (ebd.). Gleichzeitig werden Frauen allgemein in den ländlichen Lebensverhältnissen der Gemeinde als grundsätzlich überarbeitet und zu sehr belastet bezeichnet. Sie seien den ganzen Tag lang mit der Hausarbeit beschäftigt und müssten auch auf den Feldern ihrer Männer arbeiten (ebd.). Dies verweist auf die Tatsache des relativ großen Anteils der Nichtverheirateten, bzw. Geschiedenen und Verwitweten unter den Frauen im

---

<sup>10</sup> „Das führt zu Problemen, natürlich. Sogar, wenn es darum geht, uns auszudrücken, denn gewöhnlich entscheiden die Männer alles. Die Frauen kommen immer an zweiter Stelle.“

Landgemeinderat. Einer der Gründe, dass so wenig Frauen im Rat sind, sei auch, dass man hier im ländlichen Gebiet (au milieu rural) die Frauen gewöhnlicher Weise nicht für die Politik vorsehe (M 11, Interview Vorsitzende Finanzausschuss I, 24.8.). Diese auf die traditionale Prägung der Gesellschaft verweisende Erklärung deutet auf die grundsätzlich in diese Ordnung eingeschriebenen geschlechtlich codierten Machtverhältnisse hin. In Bezug auf die unverheiratete Mehrheit der Frauen im Rat ist anzunehmen, dass hier ein direkt ausgeübter sozialer Druck von Männern bzw. einem männlich geprägten öffentlichen Raum gegenüber (Ehe-)Frauen vorliegt, sich nicht an als politisch definierten Aktivitäten zu beteiligen. Zum Selbstverständnis der Frauen im Rat ist festzustellen, dass die beiden Befragten eine unterschiedliche Auffassung haben. Eine versteht sich als Vertreterin von Frauen und ihren Interessen: „*On va travailler pour la communauté pour les femmes.*“<sup>11</sup> Währenddessen betont ihre Kollegin, sie sei dort für die Gemeinde und ihre Bevölkerung: „*Il n’y a pas des problèmes de femmes ou bien des partis.*“<sup>12</sup> „Frau sein“ wird nicht als politische Identität begriffen.

Die Frauen im Rat sind tendenziell Bereichen zugeordnet, die als eher weiblich definiert werden. So sind die beiden einzigen weiblichen Ausschussvorsitzenden zuständig für Gesundheit und Finanzen. Der Gesundheitsbereich ist vor allem ausgezeichnet durch die Zuständigkeit für die Entbindungsstation der Gemeinde, ein klassisch weiblich definierter Bereich. Der Finanzbereich wird tendenziell Frauen zugeordnet, weil es im Senegal ein gängiges Klischee ist, Frauen als „ehrlicher“ zu beschreiben als Männer<sup>13</sup>. Die von einem weiblichen Ratsmitglied vorangetriebene Thematisierung von Missständen in einer Sitzung des Landgemeinderates, während der es zu den heftigen Auseinandersetzungen kam, wurde abgewehrt. Der Frau wurde Unkenntnis der Strukturen und Zuständigkeitsbereiche vorgeworfen, so dass man sich nicht inhaltlich damit auseinandersetzen musste (M 27, Beobachtungsprotokoll Landgemeinderatssitzung, 15.9.). Später wurde auch von verschiedenen Personen gesagt, diese Frau, sei eine Person, die oft Andere beleidige und unhöflich sei (M 31, Gesprächsprotokoll Vorsitzende Finanzausschuss IV, 17.9.). Der Konflikt wird durch die Umgangsweise entpolitisiert, des Inhaltes entleert und banalisiert. Da es dabei um die Ausstattung der Entbindungsstation ging, die von der Frau angesprochen wurde als es um die Finanzierung anderer Projekte wie den Auto- und Busbahnhof ging, könnte man sagen, dass es hier zu einer Konstruktion von Gegenpolen kommt: Entbindungsstation / Frau gegenüber andere Projekte / männlich dominierter Raum Landgemeinderat. Dies weist auf eine generelle

---

<sup>11</sup> „Man wird für die Gemeinde arbeiten, für die Frauen.“

<sup>12</sup> „Es gibt keine Probleme von Parteien oder von Frauen.“

<sup>13</sup> Ich beziehe mich hier auf eine Diskussion in der Lehrforschungsgruppe.

männliche Definierung von Entwicklungsprojekten hin, es sei denn es geht um weiblich definierte Sonderfälle wie die Entbindungsstation.

So lässt sich der Landgemeinderat bzw. die lokale Selbstverwaltung als ein grundsätzlich als männlich definierter und männlich dominierter Raum begreifen, in dem die Präsenz von Frauen eine Ausnahme darstellt und diese eher geduldet als erwünscht sind. Dass die meisten der Frauen im Rat nicht verheiratet sind, weist ebenfalls auf ihren ambivalenten Status hin, denn in der traditionellen Ordnung sind Frauen verheiratet.

### **3.4. Alt und Jung in der lokalen Selbstverwaltung: Generationenkonflikt oder Frage der Bildung?**

Auf den Konflikt wurde ich ganz zu Beginn des Feldaufenthaltes aufmerksam. Bei einer Versammlung, bei der es um die Neubesetzung des Verwaltungskomitees des Gesundheitspostens der Gemeinde ging, forderten Vertreter der Jugendgruppen gegenüber den anwesenden Dorfcheads, dass man das Komitee, das bis dahin von älteren Männern gebildet wurde, anders besetzen müsse und zwar mit Personen, die französischsprachig gebildet sind. (M 2, Beobachtungsprotokoll réunion santé, 18.8.).

#### **Die Sichtweise der Jungen:**

*« Pour eux, les jeunes veulent destabiliser tout ce qui est là! »<sup>14</sup>*

Nach dieser Versammlung konnte ich einige Junge, auch in den Strukturen der Jugendorganisation aktive Personen, zu der Auseinandersetzung befragen. Die Alten seien unwissend, so die Interviewten. Dies ist aus ihrer Sicht das Problem in der Verwaltung des Gesundheitspostens. Es sei so, dass die Leute in diesem Alter nicht alphabetisiert seien und nur Wolof sprächen. Sie könnten die entsprechenden Texte nicht verstehen, die ihre Arbeit betreffen würden (M 3, Interview Sekretär I, 19.8.). Aus Sicht der Jungen sind die Alten unfähig, das Komitee zu leiten. Zusätzlich sei keine Aktivität von dem Komitee ausgegangen: *« Le trésorier ne sais pas lire, ne sais pas écrire. Donc et puis en plus de cela ils n'ont pas d'initiative. »<sup>15</sup>* (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.) Sie, die Jungen seien nicht einverstanden mit den Alten, nicht weil man selbst unhöflich sei, aber man habe die okzidentale Schule besucht. So der Vorsitzende des Jugendhauses der Gemeinde zu dem Konflikt (ebd.). Die französischsprachige Bildung wird von den Jungen als notwendig angesehen: *« Des vieux qui sont pas instruits. Ils n'ont pas appris la langue française, ici au Sénégal tout ce dans la*

---

<sup>14</sup> „Für sie (die Alten) wollen die Jungen alles destabilisieren!“

<sup>15</sup> „Der Kassenwart da kann weder lesen noch schreiben. Und außerdem ergreifen sie nicht die Initiative.“

*langue français, c'est la langue officielle.* »<sup>16</sup> (M 3, Sekretär I, 19.8.) Die Vorgehensweise der Alten in diesem Konflikt wird als unfair dargestellt. In der Versammlung hätten die Dorfcheads und die Frauen die Mehrheit gehabt, die sich vorher abgesprochen hätten, damit alles so weitergehe wie bisher. So seien die Jungen unterlegen gewesen (ebd.). Die befragten Jungen stellen die Angelegenheit explizit als Konflikt dar (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.). Die Jungen selbst seien der Absicht, jüngere Leute auf die Posten zu setzen, um Initiative zu zeigen (M 3, Sekretär I, 19.8.). Neben dem Unmut über den Analphabetismus wird auch eine inhaltliche Kritik an der Arbeit des bisherigen Komitees formuliert. Der Bericht, der gemacht worden sei, sei nicht überzeugend gewesen (ebd.). Der Vorsitzende des Jugendhauses rekonstruiert die Sichtweise der Alten folgendermaßen: *« Pour eux, les jeunes veulent destabiliser tous ce qui est là! »*<sup>17</sup> (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.). Die Haltung der Alten wird als konservativ und nicht angemessen wahrgenommen. Diese Haltung wird auch als Hindernis für die lokale Entwicklung beschrieben: *„Mais dans ces conditions là la communauté ne va pas se développer.“*<sup>18</sup> (ebd.) Auf mein Nachfragen wurde betont, dass es sich hier nicht nur um einen Konflikt zwischen Angehörigen verschiedener Bildungsgrade handelt. Die arabische Alphabetisierung einiger Älterer wird abgelehnt: *„Il y a des intellectuelles vieux, qui sont quand-même vieux.“*<sup>19</sup> (M 3, Sekretär I, 19.8.; M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.). Oft wird das Arabische auch abschätzig als Sprache der Religion beschrieben.

### **Die Sichtweise der Alten:**

Auf Seiten der Alten wird der Konflikt nicht als solcher benannt. Ich hatte Gelegenheit mit dem Dorfchead von Medina Sabakh und dem Unterpräfekt von Medina Sabakh über die beschriebenen Geschehnisse in der Versammlung zu sprechen, die beide in der Versammlung anwesend waren. Der Dorfchead reagierte auf die Auseinandersetzung hin befragt, mit einem allgemein gehaltenen Ausweichen auf eine abstraktere Ebene: Man sei nicht immer einer Meinung, aber das Land gehöre den Jungen, denn sie seien die Zukunft. Auch ihre Bildung sei die Zukunft des Landes (M 8, Interview Dorfchead Medina Sabakh, 21.8.). In ähnlicher Weise reagierte auch der Unterpräfekt mit einer den Konflikt selbst relativierenden abstrahierenden Aussage auf meine Frage: Auseinandersetzungen seien Teil der Demokratie, dies sei gut und in allen Ländern der Welt gebe es Konflikten zwischen den Generationen (M 10, Interview Sous Préfet, 23.8.). In anderen Gesprächen, in denen der Konflikt nicht explizit angesprochen wurde,

---

<sup>16</sup> „Die Alten, die ungebildet sind. Sie haben nicht die französische Sprache gelernt, hier im Senegal ist alles in der französischen Sprache, das ist die offizielle Sprache.“

<sup>17</sup> „Für sie (die Alten) wollen die Jungen alles destabilisieren!“

<sup>18</sup> „Aber unter diesen Bedingungen wird die Gemeinde sich nicht entwickeln.“

<sup>19</sup> „Es gibt intellektuelle Alte, die aber trotzdem alt sind.“

kam es jedoch zu Beschreibungen über die junge Generation. Der schon erwähnte Vorsitzende des Ausschusses für Landverteilung sagte, die Jungen seien weniger an Arbeit interessiert. Oft sei es so, dass diese nur einen hohen Kredit zum Kauf von Saatgut aufnahmen und dann damit verschwänden, ohne zu arbeiten (vgl. dazu Lehrforschungsbericht Zohy 2005). Entwicklung könne es nur dann geben, wenn die Jungen arbeiten wollten (M 6, Interview Vorsitzender Landvergabeausschuss I, 20.8.). Zu einer ähnlichen Konstruktion von „Arbeitsunwilligkeit“ der Jungen kam es auch bei einer Vorsitzenden einer Frauengruppe. Es handelt sich um die erste Gründerin einer Frauengruppe (Groupement de Promotion Féminine / GPF) im Landkreis von Medina Sabakh, die auch immer noch Vorsitzende der Organisation der Frauengruppe auf Landkreisebene ist. Die Frauengruppen waren in der oben beschriebenen Versammlung auch vertreten und hatten den Jungen in der Diskussion inhaltlich gegenübergestanden. Sie sagte im Interview, dass sie und die Frauen in ihrer Gruppe zwar alt seien, aber viel besser arbeiten könnten als die jungen Frauen (M 30, Interview Landkreisevorsitzende der GPF, 16.9.). Zu meiner Vermutung, der Konflikt könnte mehr mit der jeweiligen Bildung als mit dem Alter der Akteure zusammenhängen, sagte der Dorfcchef, dies sei alles kein Problem, jeder könne sich aussuchen, ob er lieber französisch lerne oder arabisch, da gebe es keine Konflikte (M 8, Interview Dorfcchef Medina Sabakh, 21.8.).

Der Konflikt nährt sich durch das Aufeinandertreffen verschiedener Wissenssysteme, deren Unterschiedlichkeit stark bedingt ist durch die Schulbildung und den Grad der Traditionsverhaftung, der wiederum durch die Schulbildung mit bestimmt wird. Die Jungen empfinden Analphabetismus als disqualifizierende Unwissenheit. Man kann so von einem Generationenkonflikt sprechen, der durch die Frage der Bildung und dadurch bestimmte Nähe bzw. Ferne zur Tradition bestimmt ist, jedoch sehr viel weitreichende grundsätzlich unterschiedliche Orientierungsmuster und Perspektiven beinhaltet.

### **3.5. Traditionelle Strukturen und lokale Selbstverwaltung: Alte Eliten in neuem Gewand?**

Angeleitet von der Frage nach der lokalen Demokratie soll untersucht werden, inwieweit die lokale Selbstverwaltung von den traditionellen Strukturen der ländlichen Gesellschaft durchzogen ist und in wie weit dadurch auch ihre Gestaltungsmacht eingeschränkt wird. Unter traditionellen Strukturen wird grob die Gliederung in vor allem die vier Schichten „notables“ („Dorfgründer“/„Adelige“), „forgerons“ („Schmiede“), „griots“ („Sänger“/„Nachrichtenübermittler“) und „esclaves“ („Sklaven“) verstanden sowie die Position der Dorfcchefs, deren Stellung vom Vater auf den Sohn vererbt wird, und ihre Familien als

Autoritäten in den Dörfern. Die Schichten existieren natürlich offiziell verfassungsrechtlich nicht mehr, sondern nur noch informell.

Wie bereits in 3.2. dargestellt finden sich im Landgemeinderat einige Angehörige der als „notable“ bezeichneten Familien. Der erwähnte Vorsitzende des Ausschusses für Landverteilung etwa ist uns als der größte Bauer im Dorf vorgestellt worden. Die Frage nach seiner Bereitschaft, bewirtschaftungsfähigen Boden umzuverteilen ist zu stellen. Er ist Angehöriger der Dorfgründerfamilie, so dass er über eine Art „natürliche“ Autorität verfügt, die es sicher erschwert, den Zustand zu kritisieren. Die erwähnte Vorsitzende des Finanzausschusses, die ebenfalls der Dorfgründerfamilie angehört, betont auch die Wichtigkeit der traditionellen Schichtzugehörigkeit für das Leben im Dorf und auch für sie persönlich. Gleichzeitig verweist sie zwar durchaus darauf, dass sich unter den Ratsmitgliedern Angehörige der untersten Schicht („esclaves“) finden, es ist jedoch die Frage zu stellen inwieweit sie zu diesen in einem egalitären Verhältnis im Sinne der internen Demokratie (in der Selbstverwaltung) steht. Ein weiteres Beispiel ist der Dorfcchef des Dorfes Boumbouné in der Landgemeinde, der ebenfalls Ratsmitglied ist. Auch er verfügt über traditionell hergeleitete Autorität. Es ist anzunehmen, dass die lokale Demokratie durch die Autorität, die den Angehörigen der Dorfgründerfamilien im Landgemeinderat weiterhin zukommt und sie von den anderen Ratsmitgliedern abhebt, beeinträchtigt wird.

Neben den Verwaltungsaufgaben, die durch den formal demokratisch legitimierten Landgemeinderat ausgeführt werden, wird einige Verwaltungsarbeit weiterhin offiziell durch die Dorfcchefs geleistet; zum Teil in Zusammenarbeit mit dem Staat in Form der Unterpräfektur. Die Dorfcchefs sind dem Staat gegenüber rechenschaftspflichtig. Der Unterpräfekt sagte im Interview, dass alles, was in den Dörfern passiert, ihm von den Dorfcchefs mitgeteilt werden muss: *„Le patron des chefs de village, c'est le sous-préfet. Tout que font les chefs de village ils doivent rapporter au sous-préfet. Ils doivent porter tout à la connaissance du sous-préfet.“*<sup>20</sup> (M 10, Interview Sous Préfet, 23.8.). Das bedeutet, dass der Staat sich in seinem Hoheitsanspruch auf die traditionelle Struktur stützt. Jedoch auch auf der Ebene der Landgemeinde sind die Dorfcchefs offiziell eingebunden, wie z.B. in dem bereits erwähnten Verwaltungskomitee für den Gesundheitsposten. Dieses wird gewählt von einer Versammlung aller Dorfcchefs der Landgemeinde (58 Personen) und einiger Vertreter der Jungen und der Frauen (jeweils acht Personen). Die Dorfcchefs sind hier zahlenmäßig den anderen, welche man vorsichtig als Vertreter der Zivilgesellschaft bezeichnen könnte, also im Sinne lokaler Demokratie eher legitimiert, weit überlegen (M 3, Interview Sekretär I, 19.8.). Die Dorfcchefs

---

<sup>20</sup> „Der Unterpräfekt ist der Vorgesetzte der Dorfcchefs. Alles was die Dorfcchefs machen, müssen sie ihm berichten. Alles muss dem Unterpräfekt bekannt gemacht werden.“

werden in diesem Kontext als „die Bevölkerung“ (la population) bezeichnet (ebd.). Dies könnte als Neukonstruktion der Macht der Eliten in demokratischem Gewand und somit an den Dezentralisierungsprozess angepasst bezeichnet werden. Somit sind die traditionellen Eliten auf der lokalen Eben weiterhin auch in der offiziellen Verwaltung wichtig.

Schließlich lässt sich feststellen, dass die traditionale Organisierung der ländlichen Gesellschaft im Allgemeinen einen großen Einfluss auf das alltägliche Leben nimmt und somit auch die lokale Selbstverwaltung prägt. Die Gliederung in Schichten spiele eine große Rolle sagte uns ein Mann, der im Dorf eine Art Außenseiterrolle einnimmt. Er stammt aus einem anderen Dorf und hat viele Jahre im Ausland, auch in Europa, verbracht. Er sei als einer von wenigen generell nicht einverstanden mit dem Schichtenwesen. Er betonte, die Schichtzugehörigkeit beeinflusse alle Entscheidungen und Zugänge zu Ressourcen. Dies sei im Siné Saloum<sup>21</sup> im Gegensatz zu anderen Regionen im Senegal besonders stark ausgeprägt (vgl. zu den Schichten bzw. „Kasten“: Diop 1981). Es sei allerdings so, dass dies nicht thematisiert würde, auch uns gegenüber nicht. Meine Annahme ist, dass er auf Grund seiner Außenseiterrolle dies offen aussprechen kann, da er ohnehin schon sozial isoliert ist und so nicht mit sozialer Sanktionierung rechnen muss. Wir bekamen diese Einschätzung erst gegen Ende des Feldaufenthaltes. Die Bedeutung der Schichtzugehörigkeit wurde aber auch von anderen Gesprächspartnern erwähnt wie z.B. der schon erwähnten Vorsitzenden des Finanzausschusses (M 16, Vorsitzender Finanzausschuss II, 1.9.). Sie sagte uns auch, dass die Schichtzugehörigkeit in den politischen Parteien eine große Rolle spiele. Alle wichtigen Leute in der Partei seien aus der obersten Schicht (ebd.). Es scheint ein Ineinandergreifen der alten Schichtstruktur mit der neuen Selbstverwaltungsstruktur vorzuliegen. Es kommt hinzu, dass die traditionellen Eliten auch über religiöse Autorität verfügen. So zum Beispiel ist der auf Grund seines Analphabetismus von den Jungen kritisierte Kassenwart des Verwaltungskomitees des Gesundheitspostens auch Imam, wie der Vorsitzende des Jugendhauses sagte (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.). Wie bereits erwähnt ist auch der Vorsitzende des Ausschusses für Landvergabe stellvertretender Imam. Auch sagte uns die Vorsitzende des Finanzausschusses, es sei immer so, dass der Imam der obersten Schicht angehöre (M 16, Vorsitzende Finanzausschuss II, 1.9.). Diese Verknüpfung der traditionellen Eliten mit religiöser Autorität macht sie tendenziell weniger angreifbar, da die Religiosität meiner während des Feldaufenthaltes gewonnenen Einschätzung nach recht stark ausgeprägt ist, auch zum Beispiel bei den Jungen, die tendenziell am meisten Kritik üben.

---

<sup>21</sup> Die senegalesischen Regionen Kaolack und Fatick

So kann festgehalten werden, dass der Einfluss der traditionellen Gesellschaftsstruktur auf formelle wie auf informelle Weise eine starke Beeinträchtigung der lokalen Selbstverwaltung und ihrer demokratischen Ausrichtung ausmacht. Es ist anzunehmen, dass die Etablierung einer lokalen Demokratie unter egalitären Bedingungen durch den Dezentralisierungsprozess, wie er sich bisher darstellt, nur schwer umzusetzen ist. In Bezug auf die Gestaltungsmacht der lokalen Selbstverwaltung ist festzustellen, dass diese davon abhängig ist, inwieweit zum Beispiel die Durchführung eines Projektes in die traditionellen Verhältnisse eingreift oder nicht.

### **3.6. Medina Sabakh und die kleinen Dörfer: Wissensgefälle und Misstrauen**

In diesem Kapitel sollen die zum Teil großen Unterschiede zwischen dem Hauptort der Gemeinde Medina Sabakh und den umliegenden kleineren Dörfern dargestellt werden. Weiter soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit die hier festgestellten Wissensgefälle und gegenseitigen negativen Zuschreibungen die Gestaltungsmacht der lokalen Selbstverwaltung beeinträchtigen. Während des Feldaufenthaltes wurden mehrere kleine Dörfer besucht.

Diese Dörfer tragen in mehrerlei Hinsicht einen peripheren Charakter. Sowohl in Santhie Sader als auch in Kohel waren die Funktion und die Angelegenheiten des Landgemeinderates vielen Befragten, besonders den Frauen unbekannt. In Santhie Sader gaben die Mitglieder einer Frauengruppe an, sie wüssten nicht was der Landgemeinderat ist (M 40a, Interview 1. Frau in Santhie Sader; M 40c, Interview GPF-Präsidentin in Santhie Sader, 23.9.). Einige befragte Männer hingegen kannten den Landgemeinderat (M 40d, Interview mit Bauern in Santhie Sader, 23.9.). Hingegen war in Kohel offenbar nur ein Mann grob informiert über die Existenz und Funktion des Landgemeinderates (M 41, Gedächtnisprotokoll / Interviews Kohel, 24.9.), weil er eine enge Bindung an zwei US-amerikanische Peace-Corps-Freiwillige, die sich seit einiger Zeit im Dorf aufhielten, eingegangen war. Der periphere Charakter der kleinen Dörfer wird auch deutlich durch die ethnische Verteilung innerhalb der Gemeinde. Einige der Dörfer sind Peul-Dörfer, so auch Kohel. Die Peul haben einen Anteil von 10 Prozent in der Landgemeinde (vgl. PLD Medina Sabkah 2003, S.17). In Medina Sabakh leben fast nur Wolof, deren Anteil in der Gemeinde 86 Prozent beträgt. Hinzu kommen die geographischen Entfernungen und der Zugang zu Infrastruktur. Auch festzustellen war ein geringerer Organisationsgrad der zivilgesellschaftlichen Strukturen in den kleinen Dörfern. In den besuchten Dörfern existieren zum Beispiel keine formal registrierten Jugendgruppen, allerdings gibt es Frauengruppen (M 40d, Interview Bauern in Santhie Sader, 23.9.; M 40e, Interview Junge in Santhie Sader, 23.9.; M 19, Interview Vertreter der Eltern der SchülerInnen, 3.9.; M 41, Gesprächsprotokoll / Interviews Kohel, 24.9.). Man kann also berechtigt von starken

Wissensgefällen innerhalb der Gemeinde und allgemein schlechteren Lebensbedingungen auf den Dörfern sprechen.

Die Leute dort bezeichneten den Zustand bewusst als Problem und formulierten Protest (M 41, Gesprächsprotokoll / Interviews Kohel, 24.9.; Material 27, Beobachtungsprotokoll Landgemeinderatssitzung, 15.9.). Der Dorfchef von Boumbouné, der selbst Ratsmitglied ist, reagiert darauf, sich durch Reisen Wissen anzueignen und dann sinnvolle Dinge in Boumbouné mit den Leuten vor Ort nachzumachen (M 32, Interviews Boumbouné, 17.9.).

Für die Leute in Kohel wird die lokale Selbstverwaltung bzw. der Landgemeinderat gleichgesetzt mit dem Staat. Dies sei der Ort wo man seinen Personalausweis beantragen könne (M 41, Gesprächsprotokoll / Interviews Kohel, 24.9.). Unser Übersetzer, einer der Peace-Corps-Freiwilligen sagte, dass eine der befragten Personen abwechselnd von „Unterpräfekt“ und „Landgemeinderat“ sprach (ebd.). Die Selbstverwaltung ist in ihrer Wahrnehmung vom Staat nicht unterschieden. So wird der Landgemeinde nicht als Ort der möglichen Mitgestaltung und Möglichkeit der Einflussnahme wahrgenommen, sondern lediglich als Verwaltungsstelle bzw. ausübende Stelle von Hoheitsansprüchen. Mit staatlichen Institutionen gemachte Erfahrungen werden so auf die Selbstverwaltung übertragen. Leute, die aus Medina Sabakh nach Kohel kommen, stehen so für schlechte Leute, denen man nicht trauen kann. Der Peace-Corps-Freiwillige übersetzte für uns von Peul in Englisch: *“If somebody from Medina Sabakh brings him a piece of paper and says ‘sign, you’re going to get a mille-tmachine, he doesn’t know if he’s signing away his life or if he’s going to get a millet-machine. Because you can’t trust the person who brings that piece of paper. And he says less he knows how to read, and he knows, that those people have good intentions, he’s afraid to sign that paper.”* (ebd.) Man hat in Kohel offensichtlich schlechte Erfahrungen mit Vertretern des Staates gemacht. Dem Staat und auch der nationalen Regierung wurde im weiteren Verlauf des Gesprächs Selbstbereicherung vorgeworfen. „Medina Sabakh“ wird in das große Misstrauen der Leute mit einbezogen. Ein Nachteil für die lokale Selbstverwaltung liegt hier offensichtlich darin, dass der Hauptort der Gemeinde gleichzeitig Sitz der Unterpräfektur ist, also mit dem Staat in Verbindung gebracht wird.

Von den Ratsmitgliedern in Medina Sabakh wurde hier kein Problem gesehen, sondern andere Erklärungen für unsere Erlebnisse in den Dörfern gefunden. In Kohel sei es ein Marabout, ein mystischer religiöser Führer, der dafür Sorge, dass in dem Dorf keine Politik betrieben werde. Die Frauen in Santhie Sader seien eben ungebildete Frauen gewesen und sie würden den Rat deshalb nicht kennen. Es war auch ein klientelistisches Verhältnis zu den Dörfern festzustellen.

Die im Feld gegebenen Erklärungsansätze für die beträchtlichen Wissensgefälle und die wenige Partizipation in den kleinen Dörfern an den Strukturen der lokalen Selbstverwaltung sind nur zum Teil auch schlüssig. Die Erklärungsweise, die Isolierung des Dorfes Kohel nur auf den Marabout zu begründen greift nicht weit genug. Der Peace-Corps-Freiwillige zählte einige weitere NRO und ausländische Geberinstitutionen auf, die mit dem Dorf Kontakt haben oder hatten (ebd.). Es ist also nicht so, dass der Marabout Kontakte verbiete oder dergleichen. Auch die geographischen Entfernungen reichen als Erklärung nicht aus. Denn so haben die Frauen aus Santhie Sader Kontakte zu einer Frauengruppe in Medina Sabakh, kennen den Landgemeinderat aber trotzdem nicht (M 40a, Interview 1. Frau in Santhie Sader, 23.9.). Dies verweist allerdings auf die Existenz von weiblichen sozialen Räumen. Die Erklärung, dass der Analphabetismus in den Dörfern zu Misstrauen und Angst vor den Leuten aus Medina Sabakh führt ist sicher richtig. Ein weiterer Punkt sind die Sprachbarrieren. So spricht auf den Dörfern fast niemand Französisch und auch nicht alle Wolof.

Der Einbezug der kleinen Dörfer in die lokale Selbstverwaltung weist also einige Schwierigkeiten auf. Es sind nicht ausreichend Partizipationszugänge vorhanden, um das klientelistische Verhältnis zum Hauptort aufzubrechen. Gleichzeitig führen die starken Wissensgefälle innerhalb der Landgemeinde zu Misstrauen und gegenseitigen Vorurteilen im Sinne von wechselseitigen Konstruktionen von Unwissenheit. Dazu kommen ein real vorhandene Autoritarismus und eine abweisende Behandlungsweise. Die lokale Selbstverwaltung genießt in den Dörfern wenig Vertrauen, was dazu führt, dass sie sich kaum von den staatlichen Strukturen abheben kann. Gleichzeitig bedingt ihre Unfähigkeit, dies zu tun das Misstrauen. Die Landgemeinderatsmitglieder bzw. die Leute, die in dem Hauptort leben, welcher auch als halb-städtisch (*sémi-urbain*) bezeichnet wird, treffen auf Menschen aus kleinen Dörfern. Zum Teil bedeutet dies ein Aufeinandertreffen verschiedener Wissenssysteme. Das Leben in Medina Sabakh ist zwar weitreichend ländlich und traditionell geprägt, aber es gibt zahlreiche moderne Elemente, die auf den kleinen Dörfern nicht existieren, wie etwa die leichte Erreichbarkeit größerer Städte (Kaolack, Farafenni, Nioro du Rip) durch die Nationalstraße, mehrere Telefonläden, Schulen, Stromversorgung, das heißt Fernsehen und Radio, eine Videothek etc.. Insofern können sich die jeweiligen sozialen Kontexte von Menschen aus Medina Sabakh nicht unwesentlich von denen der Menschen aus einem Dorf wie Kohel unterscheiden. Die Gestaltungsmacht der lokalen Selbstverwaltung wird durch dieses Verhältnis des Landgemeinderates zu den kleinen Dörfern eingeschränkt. Es ist zwar möglich, dort Infrastrukturprojekte durchzuführen, aber es scheint bisher nicht zu gelingen, die dortige Bevölkerung im Sinne einer sozialen Trägerschaft der lokalen Selbstverwaltung mit

einzu beziehen, was die erfolgreiche lokale Implementierung der Dezentralisierungsmaßnahmen im Sinne lokaler Demokratie nicht befördert.

### **3.7. Die Eigenfinanzierung der lokalen Selbstverwaltung**

In diesem Abschnitt soll der Frage nach der Gestaltungsmacht der lokalen Selbstverwaltung nachgegangen werden, indem die finanzielle Situation und die Möglichkeiten der Eigenfinanzierung beleuchtet werden.

Der größte Teil des regelmäßigen Finanzaufkommens der Gemeinde stellt die Landsteuer (taxe rurale) dar (vgl. PDL Medina Sabakh 2003, S.92). Der Anteil derer, die die Steuer zahlen, lag in den Jahren 2000 bis 2002 durchschnittlich bei 42 Prozent, ist jedoch währenddessen stetig gefallen. Der deutsche Experte der Deutsch-Senegalesischen Zusammenarbeit (Entwicklungszusammenarbeit / EZ) in Kaolack bemerkte im Gespräch, die Zahlung der Steuer sei freiwillig, wobei die Zahlung bei der EZ als Erfolgskriterium gilt. Vor Ort hörte ich aber von der Vorsitzenden des Finanzausschusses und dem Sekretär der Landgemeinde, dass die Zahlen im lokalen Entwicklungsplan etwas veraltet seien und der Anteil der Zahlenden gestiegen sei (M 36, Interview Sekretär II, 20.9.). Dies liege auch an der Sensibilisierungsarbeit des Landgemeinderates. Weiteres Finanzaufkommen ergibt sich unter anderem aus der Gebührenerhebung für die Nutzung der Marktstände, die Nutzung der Nationalstraße, die durch die Gemeinde führt, die Jagd auf dem Gebiet der Gemeinde, und aus Strafgeldern für durch Nutztiere angerichtete Schäden (M 42, Interview Vorsitzender Landvergabeausschuss III, 25.9.). Die Landsteuer alleine brachte in den Jahren 2000 bis 2002 Einnahmen von 10.647.000 Francs CFA<sup>22</sup>, also ca. 15.000 Euro (vgl. PDL Medina Sabakh 2003, S.92). Große Infrastrukturprojekte sind nur durch Gebermittel zu finanzieren. Die Deutsch-Senegalesische Zusammenarbeit favorisiert ein Modell, bei dem die Gemeinden jeweils zehn Prozent der Kosten eines Projektes selber aufbringen müssen und dann 90 Prozent bereitgestellt werden.

Die Mehrheit der Personen, mit denen wir während des Feldaufenthaltes über die Finanzlage der Gemeinde sprechen konnten, stellte diese als nicht zufrieden stellend dar. So bedauerte die Vorsitzende des Finanzausschusses etwa, dass der Landgemeinderat nicht über Geld verfüge, mit dem man Leuten in Notlagen Nahrungsmittel bereitstellen könnte (M 20, Interview Vorsitzende Finanzausschuss III, 4.9.). Der Leiter der Grundschule von Medina Sabakh beklagte sich im Interview darüber, wie wenig Mittel der Schule zur Verfügung stünden (M 15, Interview Grundschulleiter, 2.9.). Nicht zuletzt der Unterpräfekt nannte die Finanzierung als ein

---

<sup>22</sup> Senegalesische Währungseinheit

wesentliches Problem der Landgemeinden in seinem Landkreis (M 10, Interview Sous Préfet, 23.8.).

Das geringe Finanzaufkommen der Gemeinde ist ein dauerhaftes Problem. Es sind zu wenige Ressourcen nutzbar, um das Steueraufkommen beträchtlich anzuheben. Auf absehbare Zeit sind Infrastrukturmaßnahmen nur durch Finanzierung von außen möglich. Die Abhängigkeit von Gebern und Staat kann dadurch nicht überwunden werden. Insofern stellt die Finanzlage der Landgemeinde eine wesentliche Einschränkung ihrer eigenen Gestaltungsmacht dar.

### **3.8. Lokale Selbstverwaltung und Interaktion mit anderen Akteuren der lokalen Arena**

Nachdem bisher interne Strukturen und Problemlagen der lokalen Selbstverwaltung bearbeitet worden sind, wird das Augenmerk nun auf die anderen Akteure in der lokalen Arena gerichtet. Weiterhin soll die Frage nach der Gestaltungsmacht der lokalen Selbstverwaltung leitend sein.

#### **3.8.1. Lokale Selbstverwaltung und Staat: Partnerschaft oder Bevormundung?**

Als staatliche Akteure treten in der Landgemeinde vor allem die Unterpräfektur<sup>23</sup> (Sous Préfecture) und das agrarische Beratungs- und Betreuungszentrum (Centre d'Expansion Rurale Polivalent, CERP) in Erscheinung. Dem Unterpräfekten und seinem Vertreter obliegen die Aufsicht über die Arbeit des Landgemeinderates. Es ist ihre Aufgabe, sämtliche Beschlüsse des Rates bezüglich der lokalen Entwicklung im Hinblick auf die Konformität mit der staatlichen Politik zu prüfen (vgl. PDL Medina Sabakh 2003, S.97). Das agrarische Beratungs- und Betreuungszentrum (CERP) hat die Aufgabe der Betreuung und Beratung der Bauern, der zivilgesellschaftlichen Gruppen und der Organe der lokalen Selbstverwaltung. Es verfügt über einen Stab an fachlich in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht, Hygiene und Familienökonomie ausgebildeten MitarbeiterInnen. Das Zentrum soll einer sozioökonomisch harmonischen lokalen Entwicklung dienen und dementsprechend agieren (vgl. PDL Medina Sabakh 2003, S.97). Die meisten staatlichen Bediensteten, die ich im Feld angetroffen habe, stammen nicht aus der Landgemeinde.

Ich hatte zwei Gelegenheiten, die Interaktion zwischen Unterpräfekt und lokaler Selbstverwaltung direkt zu beobachten. Beide Versammlungen wurden bereits erwähnt: Eine Versammlung zur Neubesetzung des Verwaltungskomitees des Gesundheitspostens und eine Landgemeinderatssitzung. Beide Sitzungen begannen nach einiger Wartezeit mit dem Erscheinen des Unterpräfekten bzw. im Falle der Landgemeinderatssitzung seines Stellvertreters (M 2, réunion santé, 18.8.; M 27, Landgemeinderatssitzung, 15.9). Bei der

---

<sup>23</sup> Die Behörde des Unterpräfekten, dort arbeitet neben ihm ein weiterer staatlicher Beamter, sein Stellvertreter und Büropersonal.

Gesundheitssitzung leitete der Unterpräfekt die Sitzung ein, führte die Redeliste und hatte während der ganzen Sitzung einen hohen Redeanteil, auch rief er Leute zwischendurch zur Ordnung und kommentierte die meisten Redebeiträge (M 2, réunion santé, 18.8.). Bei beiden Sitzungen saßen der Unterpräfekt bzw. sein Stellvertreter neben verschiedenen weiteren Personen vorne am Tisch, welcher dem Plenum, in dem die Leute in Reihen hintereinander saßen, zugewandt war. Die anderen TeilnehmerInnen wirkten eher wie passive EmpfängerInnen. Insgesamt kann man das Auftreten des Unterpräfekten und seines Stellvertreters als autoritär bezeichnen. Der erhobene Zeigefinger des sprechenden Stellvertreters symbolisiert hier gut das Machtverhältnis (M 27, Beobachtungsprotokoll Landgemeinderatssitzung, 15.9.).

Dieser gewonnene Eindruck wird durch Aussagen des Unterpräfekten in weiten Teilen bestätigt. Er betont im Interview seine allumfassende Zuständigkeit und seinen Kontrollanspruch: „*Je m’occupe pratiquement de tout. Il faut dire que cette option de décentralisation ne veut pas dire indépendance de la collectivité locale.*“<sup>24</sup> (M 10, Interview Sous Préfet, 23.8.) In seiner Position interessiere ihn alles. In der Kooperation mit dem Landgemeinderat gebe es normalerweise keine Probleme. Wenn jedoch, dann weil „sie“, die Leute im Rat, nicht verstehen, was „wir“, der Staat, machen (ebd.). Der Rat wird durch den Unterpräfekten als unwissend konstruiert. Dem staatlichen Wissen kommt die Vorrangstellung zu. Der Staat erscheint als Handelnder, die Leute im Rat als Regierte. Man kann von einem autoritären Verwaltungsverständnis des Unterpräfekten sprechen. Es muss jedoch festgehalten werden, dass dies zwar der vorherrschend gewonnene Eindruck von dem Unterpräfekten war, er aber auch stellenweise die Demokratie lobte und den Selbst- und Mitbestimmungscharakter der Gemeinden positiv hervorhob. Der Chef des CERP stellt den Unterpräfekten, dessen Mitarbeiter er ist, als Vertreter eines partizipativen Ansatzes hervor, der sich bei der Umsetzung seiner Anweisungen immer mit den Leuten vor Ort berate: „*Il ne decide rien sans appeler les gens, comment on fait exécuter les instructions.*“<sup>25</sup> (M 24, Interview CERP, 7.9.) Jedoch auch der Chef des CERP betont die Wichtigkeit der Einhaltung der Regeln und bezeichnet Demokratie als einen Zustand, in dem es manchmal so sei, dass jede/r machen könne was er/sie wolle (ebd.).

Das Auftreten des Unterpräfekten wird von Angehörigen des Landgemeinderates nicht wesentlich kritisiert. Seine Wissensposition im Gegensatz zur eigenen Unwissenheit wird

---

<sup>24</sup> „Ich kümmere mich praktisch um alles. Man muss sagen, dass die Option der Dezentralisierung nicht Unabhängigkeit der lokalen Gemeinden bedeutet.“

<sup>25</sup> „Er entscheidet nichts, ohne sich mit den Leuten zu beraten, wie man die Vorgaben umsetzt.“

anerkannt: „*Le sous-préfet et le gouvernement, eux, ils connaissent la décentralisation.*“<sup>26</sup> (M 11, Interview Vorsitzende Finanzausschuss I, 24.8.) Leichte Kritik klingt nur bei einem Landgemeinderatsmitglied, dem aktiven Dorfcchef aus Boumbouné an: « *Au début, c'était le sous-préfet qui faisait le budget, qui faisait tout, mais maintenant on a donné plein de pouvoir au conseil, c'est eux le coordonateur de l'argent, c'est eux qui font tout le travail. Le sous-préfet il ne fait que superviser. Si c'est bon, il dit que c'est bon, si c'est pas bon, il dit que c'est pas bon.*»<sup>27</sup> (M 32, Interviews Boumbouné, 17.9.) Im Gegensatz zu den Zeiten in denen der Unterpräfekt alles alleine gemacht hat, wird ein Fortschritt betont.

Die Interaktion zwischen Staat und lokaler Selbstverwaltung kann in weiten Teilen als ein Aufstellen von Bedingungen und Anforderungen auf der einen Seite und dem Versuch diesen nachzukommen auf der anderen Seite bezeichnet werden. Das Verhältnis der beiden Akteure erscheint stark hierarchisiert. Allseits akzeptiert tritt der Staat als wissend und aktiv auf, die Selbstverwaltung eher als unwissend und reagierend. Die Konstruktion der Unwissenheit der Landgemeinderatsmitglieder kann nicht aufgehoben werden, sondern wird von den Betroffenen eher nachvollzogen. In dieser Interface-Situation handeln der Unterpräfekt und seine MitarbeiterInnen nach anderen Relevanzen als die Landgemeinderatsmitglieder. Während letztere die lokale Entwicklung den Bedürfnissen, Erfordernissen, Vorstellungen und Konzepten in ihrer sozialen Milieus und Netzwerke anzupassen suchen, müssen die StaatsvertreterInnen ihren Anweisungen Folge leisten und die Vorgaben umsetzen. Es kommt dabei allerdings weniger zu Aushandlungsprozessen als vielmehr zur einseitigen Durchsetzung der staatlichen Prioritäten. In Bezug auf die Frage nach der Gestaltungsmacht der lokalen Selbstverwaltung kann man festhalten, dass der Handlungsspielraum des Landgemeinderates von den staatlichen Stellen in der Gemeinde erheblich eingeschränkt wird. Es erscheint sogar so, als dass die Landgemeinderatsmitglieder kaum zu eigenem Handeln ohne die Mitarbeit des Staates in der Lage wären. Zumindest nehmen sie sich nicht als dazu in der Lage wahr. Das staatlich favorisierte Wissen und die favorisierten Handlungsmuster, die vorgegebenen Abläufe von Prozessen erscheinen als die einzig möglichen. Die Denkweise des Staates wird adaptiert. Eigene Handlungsautonomie (agency) im Sinne einer Autonomie gegenüber den staatlichen Stellen scheint kaum möglich.

---

<sup>26</sup> „Der Unterpräfekt und die Regierung, die kennen sich mit der Dezentralisierung aus.“

<sup>27</sup> „Am Anfang hat der Unterpräfekt den Haushalt aufgestellt, er hat alles gemacht. Aber jetzt hat man dem Rat eine Menge Macht gegeben. Dort wird das Geld verwaltet, dort wird die ganze Arbeit gemacht. Der Unterpräfekt macht nichts außer Überwachung. Wenn es gut ist, sagt er es ist gut, wenn es nicht gut ist, sagt er, es ist nicht gut.“

### **3.8.2. Lokale Selbstverwaltung und deutsch-senegalesische Zusammenarbeit**

Das Verhältnis der lokalen Selbstverwaltung wird ebenfalls unter der Perspektive der Gestaltungsmacht der lokalen Selbstverwaltung untersucht.

Die Deutsch-Senegalesische Zusammenarbeit führt in den zwei senegalesischen Regionen Kaolack und Fatick das Armutsbekämpfungsprogramm „Lutte contre la pauvreté au milieu rural dans la région du Bassin Arachidier“ durch (Coopération Sénégal-Allemande, 2003).

Für unsere Forschung zum Thema Dezentralisierung war vor allem das zuvor eigenständige Teilprogramm der Unterstützung der Landgemeinden interessant. In diesem Rahmen bietet die Senegalesisch-Deutsche Zusammenarbeit den Landgemeinden die Ausbildung ihrer Landgemeinderatsmitglieder in kommunaler Verwaltung an (Mayer e. al. / Coopération Sénégal-Allemande, 2001). Ein zentraler Bestandteil dieser Kooperation ist die gemeinsame Erarbeitung von lokalen Entwicklungsplänen. Es handelt sich dabei um ein Papier, in dem zunächst eine ausführliche Bestandsaufnahme der Situation in der jeweiligen Gemeinde festgehalten ist. Es wurden unter anderem Daten über die ethnische Zusammensetzung, die Wirtschaftstätigkeiten und die geographischen Gegebenheiten in den Gemeinden erhoben. Zudem werden dort zurzeit bestehende Probleme in den Landgemeinden aufgeführt und (meist beschränkt auf die soziale Infrastruktur) daran anschließend die Prioritäten für die nächsten Jahre in Bezug auf die Lösung dieser Probleme und den damit einhergehenden Entwicklungsprozess formuliert.

Es besteht der Anspruch, die Entwicklungspläne unter hohem Partizipationsaufwand mit der Bevölkerung gemeinsam zu erstellen. Die Erhebung der Daten sowie die Feststellung der bestehenden Probleme und der Bedürfnisse der Bevölkerung, wurde vor allem durch Einsatz von GemeinwesenarbeiterInnen (animateurs) bewältigt. Bei ihnen handelt es sich zumeist um speziell rekrutierte, junge Männer mit französischsprachiger Schulbildung, die aus der jeweiligen Landgemeinde stammen. Die GemeinwesenarbeiterInnen wurden dazu von der deutsch-senegalesischen Zusammenarbeit ausgebildet. Damit wird beabsichtigt, dass sie durch diese Ausbildung in der Lage sind, Anträge auf Finanzierungsbeihilfe für evtl. Projekte der Landgemeinde zu formulieren. Die Anträge richten sich dann unter anderem wiederum an die Entwicklungszusammenarbeit und die GemeinwesenarbeiterInnen werden im Falle der Finanzierung dafür entgolten (edb.).

Während des Feldaufenthaltes gab es nicht viele Gelegenheiten, MitarbeiterInnen der EZ in der Landgemeinde anzutreffen, da diese offenbar nicht oft Zeit dort verbringen können. Während der schon erwähnten Landgemeinderatssitzung, war auch ein senegalesischer Mitarbeiter der EZ aus Kaolack anwesend, dessen Heimatort Medina Sabakh ist. Bei der Sitzung saß er neben

dem Stellvertreter des Unterpräfekten und dem Landgemeinderatspräsidenten vorne mit am Tisch (M 27, Landgemeinderatssitzung, 15.9.). Er eröffnete die Sitzung und verlas die Tagesordnung (ebd.), Diese Beobachtung wurde von dem Sekretär der Landgemeinde einige Tage später bestätigt (M 36, Gespräch Sekretär II, 20.9.). Letzterer ermöglichte uns, das Protokollbuch des Landgemeinderates einzusehen und uns mehr Klarheit über die Geschehnisse in der Sitzung zu verschaffen. Im Verlauf der Sitzung hatte der EZ-Mitarbeiter einen großen Redeanteil. Dabei wurde er oft sehr laut und lieferte sich längere Wortgefechte mit einzelnen Ratsmitgliedern (M 27, Landgemeinderatssitzung, 15.9.). Später erfuhren wir, dass er in der Sitzung ärgerlich wurde, weil ein eigentlich feststehender Plan in Bezug auf die Neugestaltung des Marktplatzes von Medina Sabakh noch einmal geändert werden sollte. Der Rat sollte den Plan nur noch offiziell beschließen. Es war aber zwischenzeitlich zu Protesten der ansässigen HändlerInnen gekommen, so dass sich die Ratsmitglieder dazu genötigt sahen, den Plan abzuändern. Hier liegt der Grund für die Auseinandersetzung zwischen dem EZ-Mitarbeiter und den Ratsmitgliedern (M 36, Gespräch Sekretär II, 20.9.). Zusätzlich kam es zu einer lautstarken Auseinandersetzung zwischen einem der weiblichen Ratsmitglieder, der Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses, und ihm. Sie hatte sich während der Debatte über die Marktgestaltung darüber beschwert, dass hier viel Geld ausgegeben werde, während in der Entbindungsstation Neuanschaffungen nötig seien. Der EZ-Mitarbeiter ging nicht inhaltlich darauf ein, sondern verwies darauf, dass dies nicht jetzt zu verhandeln sei. Er warf ihr zudem vor, dies an dieser Stelle anzusprechen und verwies darauf, dass dies nicht zusammen zu diskutieren sei. Er betonte außerdem, dass sie dies wissen müsse, angesichts der vielen Ausbildungsmaßnahmen, die es gegeben habe (ebd.; M 27, Landgemeinderatssitzung, 15.9.).

Der EZ-Mitarbeiter übernahm während der Sitzung die Rolle eines Moderators. Sein Auftreten kann als autoritär bezeichnet werden. Zudem bildete er weitestgehend eine Einheit mit dem Stellvertreter des Unterpräfekten. Dem Landgemeinderatspräsidenten kam die Rolle eines Vermittlers zu. Die erste Situation mit dem Unmut über die Nichteinhaltung des Planes lässt sich als Interface darstellen. Der EZ-Mitarbeiter wurde ärgerlich, weil der Plan an lokale Bedürfnisse, die der HändlerInnen, angepasst werden soll. Es trafen verschiedene Relevanzstrukturen aufeinander. Die EZ ist an der Umsetzung des Projektes interessiert, die Ratsmitglieder hingegen müssen auf Unmut in der Gemeinde reagieren. An der Situation lässt sich außerdem zeigen, welche Machtverhältnisse zwischen EZ und lokaler Selbstverwaltung bestehen. Der EZ-Mitarbeiter hat Druck auf die Gemeinde ausgeübt. Die Gemeinde ist im Falle der Infrastrukturprojekte finanziell von den Gebern abhängig.

In der Situation mit der Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses macht vor allem der Hinweis auf die vergangenen Ausbildungen deutlich, dass die Ratsmitglieder gegenüber der EZ in einer Art Bringschuld sind. Eine weitere inhaltliche Debatte innerhalb des Rates fand erst nach dem offiziellen Ende der Sitzung statt, als der EZ-Mitarbeiter und der Stellvertreter des Unterpräfekten den Raum verlassen hatten. Es scheint, als könne man sich solche Probleme und Unklarheiten vor dem Staat und der EZ nicht leisten. Außerdem kann man sagen, dass der Mitarbeiter den Einwand der Frau inhaltlich schlicht ignoriert hat und sie zudem als selbstverschuldet unwissend dargestellt hat. Letzteres verweist darauf, dass die Gefahr besteht, dass die Leute vor Ort von der EZ als unwissend behandelt werden. Sowohl die Vorsitzende des Finanzausschusses als auch der Sekretär der Landgemeinde sagten über Ausbildungen, die die EZ durchgeführt hat, es gehe darum, die Leute vor Ort „bewusst“ (conscient) zu machen. Staat und Geber würden sich mit Verwaltung und der Dezentralisierung auskennen (M 11, Interview Vorsitzende Finanzausschuss I, 24.8.; M 3, Gespräch Sekretär I, 19.8.). Ein gewisser Paternalismus der EZ wird zudem deutlich. Es verwundert somit nicht, den Staatsvertreter und den EZ-Mitarbeiter in der Sitzung gewissermaßen an einem Strang ziehen zu sehen.

Es ist hier der vorherrschend gewonnene Eindruck während des Feldaufenthaltes dargestellt worden. Dem kann jedoch positiv gegenüber gestellt werden, dass die EZ um eine Transparenz ihrer Arbeit sehr bemüht ist. So sagte einer der interviewten GemeinwesenarbeiterInnen, man stelle in den Dörfern grundsätzlich zunächst das Projekt und das Anliegen deutlich dar, bevor man handele: *„On a parlé de proCR<sup>28</sup>, qu'est-ce que le proCR, qu'est-ce qu'il veut faire ici, qu'est-ce qu'il peut nous amener ? On a fait 4 jours de sensibilisation. »<sup>29</sup>*

Die Erstellungsweise und die Inhalte des lokalen Entwicklungsplanes werden von InterviewpartnerInnen im Feld weitgehend als positiv bzw. zufriedenstellend beurteilt. Der Plan wird als Darstellung der Realität, das heißt der wirklichen Situation in der Gemeinde und der wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung begriffen. So betonte der Vorsitzende des Jugendhauses: *« On a été des animateurs. Avec le proCR on a fait tout les enquêtes pour connaître les problèmes réels de la population, ensuite on a été dans tous les villages de la communauté. »<sup>30</sup>* (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.). Der Plan wird weitgehend mit der EZ gleichgesetzt, die als eine helfende gewissermaßen dienstleistende Einrichtung wahrgenommen wird. Insofern erscheint der Plan nicht als Ort politischer oder sozialer Aushandlungsprozesse. Sein sich über jeweilige Inhalte manifestierender politischer Charakter

---

<sup>28</sup> Name des Teilprojektes der EZ zur Unterstützung der Landgemeinden

<sup>29</sup> „Man redet über proCR. Was ist proCR? Was will das proCR hier? Was kann uns das bringen? Man macht vier Tage lang Sensibilisierungsarbeit“

<sup>30</sup> „Man war Gemeinwesenarbeiter. Mit proCR haben wir alle Erhebungen gemacht, um die wirklichen Probleme der Bevölkerung kennen zulernen. So war man in allen Dörfern der Gemeinde.“

kann so nicht ins Blickfeld rücken. Dementsprechend z.B. fiel der Vorsitzenden des Finanzausschusses zwar auf, dass kein Kapitel zu Geschlechterverhältnissen oder zur Situation von Frauen enthalten ist, aber es kam nicht zu Protest, sondern allenfalls zu Verwunderung: *„Je ne sais pas pourquoi les femmes ne sont pas intégrées dans le PLD, parce que les femmes aussi ont leurs besoins.“*<sup>31</sup> (M 11, Interview Vorsitzende Finanzausschuss I, 24.8.).

In Medina Sabakh wurde die Erhebung für den Entwicklungsplan von 17 GemeinwesenarbeiterInnen durchgeführt. 14 von den 17 sind Junge und 6 von den 17 sind Frauen. Der Vorsitzende des Jugendhauses, der auch Gemeinwesenarbeiter ist, beschreibt die GemeinwesenarbeiterInnen als Junge, die in der Gemeinde leben, über eine französische Schulbildung verfügen und Zeit haben (qui sont disponibles) Der Landgemeinderat habe sie ausgewählt (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.). Ein anderer Gemeinwesenarbeiter, der auch in der Jugendorganisation aktiv ist, beschreibt die zweiwöchige Ausbildung: *« Bon, on a appris à présenter des requettes de financement. On nous a appris en wolof comme en français comment on peut s'adresser au bailleur de fonds à travers une requette. C'est qu'on nous avait appris. »*<sup>32</sup> (M 25, Interview Jugendaktivist, 8.9.) Weiterhin habe man ihnen Kommunalverwaltung beigebracht: *« ...comment gérer par exemple au niveau de la gare routière de Keur Ayib. On nous avait fait comprendre après la construction de la gare comment on doit s'y prendre pour avoir un comité de gestion qui va être à la hauteur de contrôler la place. D'emblée c'est ce qu'on nous avait appris. »*<sup>33</sup> (ebd.) Die GemeinwesenarbeiterInnen arbeiten auf Honorarbasis. Sie sind während der Zeit der Erarbeitung des Entwicklungsplanes für die Arbeitstage bezahlt worden und haben zusätzlich Fahrt- und Verpflegungskosten bekommen (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.). Jetzt, nach Fertigstellung des Planes sollen sie für die Gemeinde Finanzanträge schreiben. Im Sinne von privaten Consultants werden sie dann für bewilligte Anträge bezahlt.

„Durch diese Befähigung sind die GemeinwesenarbeiterInnen in einer privilegierten Position innerhalb der lokalen Arena. Dies ist unserer Einschätzung nach jedoch kritisch zu betrachten. Die GemeinwesenarbeiterInnen sind nicht formal-demokratisch legitimiert, da sie nicht gewählt, sondern auf Bewerbung hin vom Landgemeinderat (und durch die meist senegalesischen Berater der Entwicklungszusammenarbeit) ausgewählt wurden. Auch eine soziale Legitimation ist in vielen Fällen fragwürdig. Einige von ihnen sind zwar vor allem in

---

<sup>31</sup> „Ich weiß nicht warum die Frauen nicht in den Entwicklungsplan integriert sind, denn die Frauen haben auch ihre Bedürfnisse.“

<sup>32</sup> „Wir haben gelernt, Finanzanträge zu erstellen. Man hat uns auf Wolof und auf Französisch beigebracht, wie man sich mit einem Antrag an einen Geldgeber wendet. Das hat man uns beigebracht“

<sup>33</sup> „...wie man zum Beispiel den Autohof in Keur Ayib verwaltet. Man hat uns gezeigt, was man nach dem Bau machen muss, um ein Verwaltungskomitee aufzustellen, dass den Hof kontrolliert.“

Jugendgruppen aktiv und können daher durchaus als VertreterInnen der Zivilgesellschaft angesehen werden, für viele der GemeinwesenarbeiterInnen, auf die wir in den besuchten Dörfern gestoßen sind, trifft dies jedoch eher nicht zu.“ (Lehrforschung 2005, S.5). Die GemeinwesenarbeiterInnen sind in den offiziellen Dezentralisierungspapieren nicht vorgesehen, so dass es sich um eine Neukonstruktion der EZ handelt. Es ist festzustellen, dass in einigen Fällen sie und nicht der demokratisch legitimierte Rat Entscheidungen treffen. So hätten die GemeinwesenarbeiterInnen den Ort des Baus des Autohofes in Medina Sabakh ausgewählt (M 25, Interview Jugendaktivist, 8.9.). Wobei der deutsche Experte der EZ in Kaolack ausdrücklich darauf hinwies, dass die GemeinwesenarbeiterInnen nur die Anträge und Vorbereitungen durchführten und die Gemeinde später die Aufsicht über die Projekte führen sollte (M 26, Gesprächsprotokoll GTZ Treffen, 10.9.). Es lässt sich jedoch fragen, inwieweit die Verantwortlichen in den Gemeinden dies können, da sie im Gegensatz zu den ausgebildeten GemeinwesenarbeiterInnen nicht über Expertenwissen verfügen. So ist auch in Medina Sabakh die Vorsitzende des Finanzausschusses, die selber auch Gemeinwesenarbeiterin war, Vorsitzende des zukünftigen Verwaltungskomitees für den Autohof. Vermutlich liegt es nahe, die GemeinwesenarbeiterInnen mit solchen Ämtern zu betrauen. Unter der Zielsetzung einer möglichst basisnahen Demokratie mit einfachen Zugängen ist dies zu kritisieren. Man kann sagen, dass die Konstruktion der Institution der GemeinwesenarbeiterInnen nach sich zieht, dass nur diejenigen Zugang zu Gebergeldern haben, die sich den Denk- und Handlungsmustern dieser Geber anpassen, in dem sie eine entsprechende Ausbildung durchlaufen. Diejenigen, die über dieses Wissen nicht verfügen, werden ausgeschlossen. Die GemeinwesenarbeiterInnen sind TrägerInnen eines als notwendig konstruierten Wissens, welches als das Ausschließliche wirksam wird. Die Existenz der GemeinwesenarbeiterInnen wird zur konstruierten Notwendigkeit, durch die die EZ die Gemeinde gewissermaßen zwingt, nach ihrem System zu verfahren. Das eventuell lokal vorhandene Wissen reicht nicht aus, ist nicht nutzbar, bekommt kein Vertrauen, wird nicht gewollt, um darauf finanzielles Engagement zu bauen.

In Bezug auf die Frage nach der Gestaltungsmacht der lokalen Selbstverwaltung ergibt sich folgendes Bild: Die EZ handelt teilweise nach anderen Relevanzstrukturen, wie anhand des Beispiels des EZ-Mitarbeiters in der Sitzung gezeigt worden ist. Beim Aufeinandertreffen der verschiedenen Wissenssysteme allerdings kommt es auch zu Aushandlungsprozessen. Der Beschluss über die Neugestaltung des Marktes wurde gegen das Bestreben des EZ-Mitarbeiters vertagt. Aber letztlich hat sich die EZ durch die Bindung der Finanzierung an Anträge der von ihr ausgebildeten GemeinwesenarbeiterInnen ein Instrument geschaffen, ihre Relevanzen und ihre Handlungsmuster gegen andere durchzusetzen. Dies kann sie durch die ungleiche

Machtverteilung. Die Gemeinden haben keine Wahl. Sie müssen diesen Modus akzeptieren, denn sie sind auf das Geld der EZ angewiesen. Somit lässt sich das Verhältnis und die Interaktion in Bezug auf die Machtverhältnisse als stark hierarchisiert beschreiben. Die Gestaltungsmacht der lokalen Selbstverwaltung wird durch die Vorgaben der EZ eingeschränkt.

### 3.9. Wahrnehmung von eigener Gestaltungsmacht

*« Il dit qu'il y a un développement sur le côté social, ça veut dire les élus locaux. Ils on un plein pouvoir. Ils sont chargés de mener à bien la destinée de la communauté. Donc ils sont responsabilisés. Les gens ne sont plus comme ça, croisent les bras pour attendre les décisions. Mais maintenant, c'est eux qui prennent les décisions ensemble. »<sup>34</sup>*

Meinem im Feld gewonnenen Eindruck nach, wird die jetzige Situation in Bezug auf die lokale Selbstverwaltung als durchaus positiv gegenüber früher, also vor der Übertragung der politischen Zuständigkeitsbereiche auf die lokale Ebene, wahrgenommen. So hob etwa der Dorfchef von Boumbouné, gleichzeitig Landgemeinderatsmitglied, die neue Eigenverantwortlichkeit hervor: *« [...] Au début, le sous-préfet était le responsable de tout. Mais maintenant, avec la responsabilisation des élus, avec la transformation des compétences, il y a maintenant une autorité que le conseil joue. »<sup>35</sup>* (M 32, Interview Boumbouné, 17.9.) Die neu gewonnene Selbstgestaltbarkeit wurde benannt (ebd.). Hervorgehoben wurde auch die größere Nähe des Landgemeinderates zur der Bevölkerung gegenüber dem Staat und den Gebern. Von der Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses wurde auch der Gewinn des durch die Dezentralisierung bewirkten Zustandes für die Situation von Frauen betont: *« Bien sûr, parce que avant, c'étaient les hommes qui prenaient toutes les décisions et les femmes ne faisaient que suivre les pensées des hommes ou bien respecter les décisions des hommes. Mais maintenant, si les hommes décident, les femmes aussi décident de leur façon et ça dépend des fois de la décision des femmes, des fois non, mais je crois que c'est un avantage. »<sup>36</sup>* (M 46, Interview Vorsitzende Gesundheitsausschuss II, undatiert)

Es war jedoch auch festzustellen, dass Landgemeinderatsmitglieder ihre eigene Position und ihren eigenen Handlungsspielraum zum Teil als eher wenig unabhängig eingeschätzt haben. Die

---

<sup>34</sup> Er hat gesagt, es gibt eine Entwicklung auf der sozialen Seite, d.h. die lokal Gewählten. Sie haben einige Macht. Sie sind damit betraut, die Vorhaben der Gemeinde gut zuleiten. Also sind sie verantwortlich. Die Leute sind nicht mehr so, dass sie die Arme verschränken und die Entscheidungen abwarten. Aber jetzt sind sie es, die die Entscheidungen gemeinsam treffen. (M 32, Interviews Boumbouné, 17.9.)

<sup>35</sup> „Am Anfang war der Unterpräfekt für alles Verantwortlich. Aber jetzt mit der Verantwortung der Gewählten, mit der Übertragung der Zuständigkeitsbereiche hat der Rat Autorität.“

<sup>36</sup> „Natürlich, denn vorher waren es die Männer, die alle Entscheidungen fällten und die Frauen konnten nichts machen, als der Denkweise der Männer zu folgen oder deren Entscheidungen zu akzeptieren. Aber jetzt, wenn die Männer entscheiden, entscheiden die Frauen auch auf ihre Weise und manchmal hängt es von den Entscheidungen der Frauen ab, manchmal nicht, aber ich glaub, es gibt eine Verbesserung.“

Konstruktion von Nicht-Wissen seitens des Staates wurde hier teilweise als Selbstzuschreibung übernommen.

Zusammenfassend scheint bei den in der lokalen Selbstverwaltung aktiven ein Bewusstsein von eigener Gestaltungsmacht durchaus vorhanden zu sein. Man kann hier in begrenztem Umfang von einem Vertrauen in die eigene Handlungsmächtigkeit (agency) im Sinne von Long (1992) sprechen. Die Leute auf der lokalen Ebene nehmen den durch den Dezentralisierungsprozess eingeleiteten Wandel als Ermächtigung wahr. Ihre Position erscheint gestärkt.

#### **4. Zivilgesellschaft in Medina Sabakh**

In diesem vierten Kapitel soll die Rolle der zivilgesellschaftlichen Gruppen untersucht werden. Der hier verwendete Zivilgesellschaftsbegriff bezieht sich auf Lachenmann (1995): Zivilgesellschaft versucht „die gesellschaftliche Utopie der Öffentlichkeit, der gesellschaftlichen Kontrolle der Herrschaft und permanentem Aushandeln von Gestaltungsmöglichkeiten mit dem Staat, Wahrung der Rechtsstaatlichkeit“ einzulösen. Unter dieser Perspektive werden hier die Jugendorganisation(en) und die Frauengruppen untersucht. Die bäuerlichen Gruppen, die sich für bestimmte wirtschaftliche Zwecke zusammengeschlossen haben (Groupement d'Interêt Économique / GIE) werden hier nicht behandelt, da sie weitgehend inaktiv waren. Sie werden jedoch im Kapitel zur Lage der Landwirtschaft (5.1.) angesprochen.

Zum einen soll versucht werden zu klären, ob die zivilgesellschaftlichen Gruppen in der Lage sind, gestaltend auf den lokalen Entwicklungsprozess Einfluss zu nehmen. Sind sie im Stande, Interessen ihres jeweiligen Klientels einzubringen und zu verankern oder nicht? Das setzt voraus, dass sie überhaupt politisch agieren bzw. ein entsprechendes Selbstverständnis haben. Das heißt also: Auch im Falle der Zivilgesellschaft wird nach ihrer Gestaltungsmacht gefragt. Die zweite Frage, die sich stellt, ist, ob die zivilgesellschaftlichen Gruppen in der Lage sind, im Rahmen einer lokalen Demokratie eine Kontrollfunktion gegenüber der lokalen Selbstverwaltung einzunehmen.

Auch dieses Kapitel soll insgesamt der Beantwortung der Leitfrage nach der Bewertung des Dezentralisierungsprozesses dienen. Ob die Dezentralisierung eine lokal verwurzelte und demokratisch organisierte Dynamik für den Entwicklungsprozess hervorrufen kann, entscheidet sich zu einem großen Teil an der Zivilgesellschaft und ihrer Fähigkeit zu Gestaltung und Kontrolle.

## **4.1. Die zivilgesellschaftlichen Gruppen und ihre Gestaltungsmacht**

### **4.1.1. Die Jugendorganisation: Fußballfans oder dynamische Modernisierer?**

Es bestehen folgende Organisationsformen: Auf der untersten Ebene sind die Sport- und Kulturgruppen (Association sportive et culturelle / im folgenden ASC) angesiedelt. Es handelt sich um Gruppen Jugendlicher, die sich bei der staatlichen Verwaltung registrieren lassen. In der Regenzeit, während der der Feldaufenthalt stattfand, ist die Hauptaktivität die Organisation und Durchführung von Fußballturnieren (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.; M 14, Protokoll ASC Réunion, 1.9.; M 25, Interview Jugendaktivist, 8.9.). Dies ist zumindest auch die einzige Aktivität der ASC, deren Mitglieder ich sprechen konnte (M 14, ASC Réunion, 1.9.). Nach der Regenzeit übernehmen einige ASC Reinigungsarbeiten im Dorf oder die Instandsetzung des Mobiliars in der Grundschule. Es gibt auch Jugendgruppen, die sich landwirtschaftlich betätigen. Besonders auf den kleineren Dörfern berichteten Jugendliche, sie würden Gemeinschaftsfelder bewirtschaften (M 40e, Interview mit Jungen in Santhie Sader, 23.9.; M 32, Interviews Boumbouné, 17.9.). Die Priorität liegt zumindest in der Regenzeit beim Fußball. Auf höherer Ebene sind die ASC über ein Delegationsprinzip auf allen staatlichen Verwaltungsebenen (arrondissement – département – région) organisiert. Einer der Aktiven aus Medina Sabakh ist bis auf die regionale Ebene über Ämter eingebunden (M 25, Interview Jugendaktivist, 8.9.). Im Bereich Kultur sind einige ASC mit Theaterspiel beschäftigt. Dies vermutlich aber auch nicht in der Regenzeit. Daneben veranstaltet man kommerzielle Partys, um die Gruppenkassen zu füllen. Zumindest einige Funktionäre schienen alleine durch die Aufrechterhaltung der Struktur ausgelastet zu sein. Neben der Organisation über die ASC existiert auf Ebene der Landgemeinde das Jugendhaus (foyer des jeunes). Dies stelle einen Treffpunkt und Räumlichkeiten für alle Jugendlichen der Gemeinde dar, auch solche, die nicht in ASC bzw. der staatlich registrierten Struktur organisiert seien, so der Vorsitzende des Jugendhauses (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.).

Unter den Aktiven besteht ein Selbstverständnis als Bewegung: „*Ce foyer c'est le mouvement, l'ensemble de toutes les jeunes de Medina Sabakh.*“<sup>37</sup> (ebd.) Wichtig erscheint auch die Organisierung bis auf die nationale Ebene. Es besteht eine genaue Kenntnis der Strukturen. Erworbenes, nützliches Wissen wird innerhalb der Organisation weitergegeben. So betonte einer der in der Jugendorganisation aktiven GemeinwesenarbeiterInnen, die Nützlichkeit und auch die Möglichkeit der Weitergabe seines während der Ausbildung erworbenen Wissens an andere (M 25, Interview Jugendaktivist, 8.9.). Scheinbar findet zwar in den Gremien der Jugendorganisation nicht explizit politische Arbeit statt, es finden sich aber viele der Aktiven

---

<sup>37</sup> „Dieses Jugendhaus ist die Bewegung von allen Jungen von Medina Sabakh.“

unter denen, die sich zu dem in 3.4. beschriebenen Konflikten in der lokalen Selbstverwaltung äußern. Man nimmt als „Junge“ Stellung zu bestimmten Themen und formuliert politische Inhalte. So betonte der Vorsitzende des Jugendhauses, die Medikamente in der örtlichen Apotheke seien zu teuer, dies müsse geändert werden (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.). Wenn Junge sich selbst als die bessere Alternative für die Besetzung von Posten bezeichnen, wie es der Fall war, kann von Vertrauen in die eigene Handlungsmächtigkeit (agency) gesprochen werden. Und zwar als soziale Gruppe, die zivilgesellschaftlich organisiert ist. Dafür spricht auch, dass die Jugendlichen sich als eine Gemeinschaft verstehen und in ihren Strukturen den Anspruch haben, alle Jugendlichen zu repräsentieren: *„Une association de représentativité de jeunesse au coeur de la communauté rurale. C'est à dire que tous les jeunes se regroupent autour de ct foyer là. »*<sup>38</sup> (ebd.) Dies trifft zumindest für die auf Ebene der Gemeinde wichtige Struktur des Jugendhauses zu.

Dem Charakter einer basisdemokratischen sozialen Bewegung läuft zuwider, dass Mitgliedschaften in den Strukturen nur über Beitragszahlungen möglich sind. Auch ist das Selbstverständnis einiger Amtsträger innerhalb der Organisation gegenüber den einfachen Mitgliedern eher als paternalistisch zu bezeichnen. So rufe man die Jugendlichen einmal im Jahr zusammen und frage nach ihren Bedürfnissen (ebd.). Die internen Hierarchien scheinen auch eine große Rolle zu spielen. Den Vorgaben, die von den höheren Ebenen kommen wird an der Basis Folge geleistet. Auch scheint es für die Erlangung von Geldmitteln wichtig zu sein, dass man Kontakte in die staatliche Verwaltung hat. Dies sei der Grund, dass der Landgemeinderatsvorsitzende Ehrenvorsitzender eines der ASC ist, so sein Sohn (M 14, ASC Réunion, 1.9.).

In Bezug auf die Frage nach der Gestaltungsmacht lässt sich festhalten: Den Jungen kann zivilgesellschaftliche Bedeutung zugesprochen werden. Politische Inhalte werden formuliert. Man hat ein Selbstverständnis von Bewegung. Der demokratische Charakter wird jedoch stellenweise durch ein Nachzeichnen von Klientelstrukturen beschränkt. Durch ihre Aktivitäten greifen die Jugendlichen durchaus gestaltend in das Leben in der Gemeinde ein. Durch ihre starke Orientierung auf den Sport bleibt aber fraglich, ob sie auch in der Lage sind, den Entwicklungsprozess zu beeinflussen. Sie sind in der Lage als organisierte Zivilgesellschaft politische Forderungen zu stellen, aber eher weniger im Sinne einer sozialen Bewegung zu gestalten. Ein großes Problem stellt meiner Einschätzung nach auch eine offensichtliche Marginalisierung von Mädchen und jungen Frauen in der Jugendorganisation dar.

---

<sup>38</sup> „Ein repräsentativer Zusammenschluss der Jungen der Landgemeinde. Das heißt, dass alle Jugendlichen sich in dem Jugendhaus treffen.“

#### **4.1.2. Die Frauengruppen: Überlebenssichernde Notwendigkeit oder politisch-ökonomische Größe?**

Die Frauengruppen sind vor allem an der Basis organisiert. Es gibt in allen besuchten Dörfern Gruppen und sehr viele der im Feld angetroffenen Frauen sind in einem GPF organisiert. Neben der Landwirtschaft gehen sie „vor allem Aktivitäten wie dem Kleinhandel, der Lohnarbeit für andere Bauern, dem Betrieb von Getreidemühlen oder der Herstellung von handwerklichen Gegenständen nach. Für die Aufnahme von Krediten für Gruppenaktivitäten ist es meist nötig, dass die Frauengruppen als Organisationen formal (als Groupement de Promotion Féminine / GPF oder als Groupement à Intérêt Economique / GIE) anerkannt werden. Einige haben diesen Status bereits, doch oft sind auch hohe Gebühren dafür zu entrichten, die diesen Prozess erschweren“ (Lehrforschung Senegal 2005, S. 12.).

In Medina Sabkah wurden die Gruppen von aktiven Frauen als Gruppen von Frauen mit gleichen Interessen beschrieben (M 11, Interview Vorsitzende Finanzausschuss I, 24.8.; M 30, Interview Landkreisvorsitzende der GPF, 16.9.; M 48, Interview GPF-Vorsitzende, unbekanntes Dorf, undatiert) In den meisten Fällen gaben die Frauen an, mit ihren jeweiligen Gruppen Gemeinschaftsfelder zu bewirtschaften (M 38, Gedächtnisprotokoll Fahrt mit Ouzin Ndiaye, 21.9.; M 40a, 23.9.; Interview 1. Frau in Santhie Sader; M 40c, GPF-Vorsitzende in Santhie Sader; 23.9.; M 46, Interview Vorsitzende Gesundheitsausschuss II, undatiert). Auch wurden Viehhaltung (M 30, Interview Landkreisvorsitzende der GPF, 16.9.) und Gemüseanbau als Aktivitäten genannt. Die Produktion verkaufe man in der Trockenzeit (M 41, Interviews Kohel, 24.9.). Somit verfügen viele Gruppen über Geldeinkommen. Das Geld wird in vielen Fällen gesammelt und später aufgeteilt (M 30, Interview Landkreisvorsitzende der GPF, 16.9.). Über das Geld werden auch Frauen unterstützt, die auf Grund von Krankheit oder anderen Umständen zeitweise nicht arbeiten können. Neben den wirtschaftlichen Aktivitäten versuchen viele Gruppen, eine Alphabetisierung ihrer Mitglieder zu erreichen. Der Analphabetismus wird als großes Problem bezeichnet. Oft wird eine Alphabetisierung als Voraussetzung für weitere Aktivitäten begriffen. Zum Beispiel könne man eine Getreidemühle nur verwalten, wenn man lesen und schreiben könne. (M 32, Interview Boumbouné, 17.9.; M 40a, 1. Frau in Santhie Sader, 23.9.; M 46, Interview Vorsitzende Gesundheitsausschuss II, undatiert; M 48, Interview GPF-Vorsitzende, unbekanntes Dorf; undatiert) Es geht hier um die übliche Alphabetisierung in lokalen Sprachen.

Im Allgemeinen wurde die Arbeit der Gruppen von den Mitgliedern als sehr nützlich angesehen. Die Organisierung wird als ökonomische Notwendigkeit betrachtet: *„Her only answer to that question is, that the groupement is useful and if everyone goes forward, if they*

*want a progress they need to be organized. That's her opinion. She uses what just meant "move forward", that they need to be in the groupement. It's her opinion that it's very useful.*" (M 41, Interviews Kohel, 24.9.). Die gemeinsame Arbeit wird als Zweck der Gruppe angesehen (M 48, Interview GPF-Vorsitzende, unbekanntes Dorf, undatiert). Man schlieÙe sich zusammen, weil eine Einzelne nichts ausrichten könne. Es gehe zum Beispiel darum, die Kinder ernähren zu können. Generell handelt es sich bei einem großen Teil der landwirtschaftlichen Produktion der Frauengruppen um Subsistenzwirtschaft. Insofern können sie zu einem wesentlichen Teil als lebensnotwendige Selbsthilfe verstanden werden. Auch sei die Organisierung notwendig, um an Geldeinkommen zu kommen (M 46, Interview Vorsitzende Gesundheitsausschuss II, undatiert). Die finanzielle Lage wird jedoch auch als unzureichend dargestellt, man wolle arbeiten aber es fehle an den notwendigen Mitteln (M 40b, 2. Frau in Santhie Sader, 23.9.). Der Begriff der Arbeit war in einigen Gesprächen mit Aktiven aus Frauengruppen eine wichtige Größe. Probleme gebe es, weil einige, besonders junge Frauen, nicht arbeiten wollten. Diese würden dann schnell aussteigen. Der Wille zur Arbeit wird hier auch mit Wissen verknüpft. Nur die Unwissenden wollten nicht arbeiten. Insofern werden auch Ausbildungen als Mittel gegen Faulheit verstanden. *„Au début, les femmes ne savaient rien à part de préparer les repas et rester à la maison, elles ne connaissaient rien. Mais avec les GPF elles ont compris qu'il faut travailler.* »<sup>39</sup> (M 30, Interview Landkreisvorsitzende der GPF, 16.9.) Aus der angeblichen Faulheit der jungen Frauen rühren dann auch Nachwuchsprobleme. Oder aber man geht dazu über, Nachfolge nach Geburt zu organisieren. Töchter nehmen Plätze ihrer Mütter ein, um motivierte Leute zu rekrutieren (ebd.). Neben den genannten Problemen wird auch die bei einigen Finanzierungsmodellen seitens der Geber übliche anteilige Eigenfinanzierung<sup>40</sup> als Problem genannt (M 41, Interviews Kohel, 24.9.).

In Bezug auf die Frage der Gestaltungsmacht kann festgestellt werden, dass Frauengruppen in einigen Fällen durchaus ein zivilgesellschaftlicher Charakter zugeschrieben werden kann. Etwa wenn die Frauen berichten, man eigne sich bewusst Wissen von anderen Gruppen an (M 30, Interview Landkreisvorsitzende der GPF, 16.9.; M 48, Interview GPF-Vorsitzende unbekanntes Dorf, undatiert). Auch erscheinen in GPF organisierte Frauen teils als einflussreiche Gruppe im Dorf. Sie werden etwa als FrauenvertreterInnen zu der Versammlung zur Neubesetzung des Verwaltungskomitees des Gesundheitspostens eingeladen. Allerdings erscheinen die Gruppen durch ihre Beschränkung auf ernährungssichernde Aktivitäten und die Ermöglichung von

---

<sup>39</sup> „Am Anfang konnten die Frauen nichts außer Essen machen und zu Hause bleiben. Aber jetzt mit den Frauengruppen haben sie verstanden, dass man arbeiten muss.“

<sup>40</sup> Z.B. wird von Geberorganisationen gefordert, dass Gruppen ein Zehntel des Preises für eine Getreidemühle selbst aufbringen.

Geldeinkommen für Frauen oft nicht als Gruppen mit politischem Gewicht. In Medina Sabakh nannte keine einzige Frau politische Arbeit im Sinne bewusster Einflussnahme als Aktivität ihrer Gruppe. Die Selbstzuschreibung als unwissend ist einem unabhängigen gesellschaftlichen Handeln nicht förderlich. Ein Vertrauen in die eigene Handlungsmächtigkeit (agency) kann allenfalls in Bezug auf die Zuversicht, durch die Gruppe das Überleben zu sichern, festgestellt werden. Dies hängt stark mit den Geschlechterverhältnissen in der Gemeinde zusammen (s. Kapitel 5.2.). Die Frauengruppen sind meiner im Feld gewonnenen Einschätzung nach wenig in der Lage, auf den Entwicklungsprozess gestaltend Einfluss zu nehmen. Dennoch garantieren sie einen gewissen Grad notwendiger Sicherung der Lebensbedingungen.

## **4.2. Zivilgesellschaft und Staat**

### **4.2.1. Perspektiven der StaatsvertreterInnen**

Der Unterpräfekt gab nur an, selbstverständlich müsse er wissen, was die Gruppen tun, denn der Unterpräfekt müsse alles wissen. Ansonsten gebe es keine Probleme mit den Gruppen (M 10, Interview Sous Préfet, 23.8.). Scheinbar hat er tatsächlich nicht viel Kontakt mit den Gruppen. Anders das CERP: Der Chef des CERP gab an, die Rolle des CERP sei es, die Gruppen in ihren landwirtschaftlichen und sonstigen ökonomischen Aktivitäten zu unterstützen. Er vertrat einen partizipativen Ansatz: Man versuche, gemeinsam mit den Leuten Lösungen für deren Probleme zu finden: *„Nous avec eux on va essayer de trouver de solutions pour les problèmes ensemble. Donc avec les organisations paysannes, on essaye de les encadrer, les GPF et tous ca. On va les aider, on va les appuyer.“*<sup>41</sup> (M 24, Interview CERP, 6.9.) Man versteht sich selbst als BetreuerInnen, als ExpertInnen, im Gegensatz zu den unwissenden Gruppen. Das CERP führt Ausbildungen für Gruppen durch und leitet sie in der landwirtschaftlichen Produktion und Verwaltung an. Dabei favorisiert das CERP das moderne agrarische Wissen. Der Chef sprach sogar von den Vorteilen der Gentechnik für die Landwirtschaft. Das lokal vorhandene bäuerliche Wissen stellte er als eher kontraproduktiv dar. Dieses Wissen sei veraltet: *„Les gens continuent de faire l'agriculture comme ils le faisaient en 1960. C'est toujours les mêmes méthodes qui sont utilisées. Les exploitations agricoles. Jusqu'à présente c'est resté au même niveau. Donc c'est un manque de formation.“*<sup>42</sup> (ebd.) Im Weiteren äußerte er sich über die Frauengruppen positiv, diese seien wissender als die Männer. Den Jugendorganisationen gegenüber zeigte er sich jedoch enttäuscht, sie betrieben „nur“

---

<sup>41</sup> „Wir versuchen mit ihnen gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden. Also mit den Bauernorganisationen versucht man sie zu betreuen, die Frauengruppen und all das. Man hilft ihnen und unterstützt sie.“

<sup>42</sup> „Die Leute machen Landwirtschaft wie 1960. Es werden immer dieselben Methoden angewandt. Die landwirtschaftlichen Erträge bleiben bis heute auf demselben Stand. Also das ist ein Mangel an Ausbildung.“

Sport. Generell verfolge das CERP den Ansatz, nur mit organisierten Gruppen zusammen zu arbeiten. Insofern werden die Gruppen als AnsprechpartnerInnen ernstgenommen. Sie stehen aus Sichtweise der staatlichen AgrarberaterInnen im zivilgesellschaftlichen Sinne für eine organisierte Bevölkerung, was einem populistischen Ansatz entgegensteht. Der Chef des CERP beschreibt auch die grundsätzliche Intention des Staates und den darin gegebenen Wandel der staatlichen Politik: Früher habe der Staat die Bauern organisieren wollen, um die Erdnusswirtschaft voranzutreiben, heute wolle man, dass die Leute sich organisieren, damit sie privat und unabhängig wirtschaften können (ebd.). Die staatlichen AgrarberaterInnen versuchen also, durch ihre Aktivitäten die privatwirtschaftliche Unabhängigkeit der ProduzentInnengruppen zu forcieren. Gleichzeitig untergraben sie aber ein Vertrauen in die eigene Handlungsmächtigkeit (agency) auf Seiten der Gruppen, in dem sie diese weiterhin als unwissend konstruieren. Diese Zuschreibungen werden, wie im Fall der Frauengruppen gezeigt worden ist, weitgehend übernommen. In Bezug auf die Frage nach der Gestaltungsmacht der zivilgesellschaftlichen Gruppen ist folgendes festzuhalten: Die staatlichen AkteurInnen fördern diese eher nicht. In Hinsicht auf die wirtschaftlichen Aktivitäten der Gruppen versucht das CERP zwar zu unterstützen, aber es verbleibt durch die Wissenskonstruktionen einem paternalistischen Habitus verhaftet, den es eigentlich selbst überwinden möchte. In Bezug auf sonstige im weiteren Sinne politische Aktivitäten kann man sagen, dass der allumfassende Kontrollanspruch des Unterpräfekten einem unabhängigen Agieren tendenziell zuwider läuft.

#### **4.2.2. Jugendorganisation und Staat**

Die Aktiven aus der Jugendorganisation treten dem Staat konformistisch gegenüber. Man akzeptiert den staatlich gesetzten Rahmen der eigenen Organisation. Einer der Aktiven beschrieb die Verfahrensweise der juristischen Anerkennung von Jugendgruppen. Das Jugendhaus nehme die Anträge entgegen und leite sie an die Inspektionsstelle auf Bezirksebene (département) weiter, dann kommen die Anträge auf demselben Weg zurück (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.). Die staatlicherseits verordneten Strukturen werden adaptiert und erscheinen in der Darstellung als die ausschließlich möglichen. An autonome Organisation im Sinne einer sozialen Bewegung wird nicht gedacht. Die Vorteile seien, dass man mit der offiziellen Registrierung an staatliche Geldmittel (fonds de promotion de la jeunesse) kommen könne (ebd.). Der Unterpräfekt wird als Ansprechpartner wahrgenommen. Man erwarte von ihm die Durchführung von Ausbildungsmaßnahmen, so einer der Aktiven. Auf eventuelle Probleme mit den StaatsvertreterInnen angesprochen, bezeichnet einer der Aktiven die eigene Gruppe, die Jungen, als manchmal „schwierig“: „*Parfois tu sais les jeunes*

*sont difficile à gérer. Par fois il y a des conflits entre nous et le sous-préfet.* »<sup>43</sup> (M 25, Interview Jugendaktivist, 8.9.) Somit wird ein zurückliegender Konflikt in Nachhinein aus der Perspektive des Unterpräfekten dargestellt. Auch tritt der Unterpräfekt als Initiator zivilgesellschaftlicher Organisierung auf. Er sei es, der von Zeit zu Zeit zu einem lokalen Entwicklungsrat einlade, an dem Jugendgruppen, Frauengruppen und GIE teilnahmen (ebd.) Es wird deutlich, dass die Aktiven aus der Jugendorganisation sich der staatlichen Autorität vollständig unterordnen. Der Staat wird als Unterstützer betrachtet. Sein Kontrollanspruch wird anerkannt. Die Möglichkeit einer autonomen Organisierung scheint nicht denkbar für die Aktiven. Die staatliche Präsenz wird nicht als Beschränkung eigener Handlungsspielräume betrachtet.

### **4.2.3. Frauengruppen und Staat**

Die Frauengruppen weisen ein ähnliches Verhältnis zu den staatlichen Akteuren auf. Der Staat wird als Geldgeber und Inhaber von Wissen, das dem eigenem Wissen prinzipiell überlegen ist, wahrgenommen (M 30, Interview Landkreisvorsitzende der GPF, 16.9.). Die Frauen gehen zum CERP, um sich ausbilden zu lassen und adressieren den Wunsch z.B. nach einer Getreidemühle an ihn (M 38, Gedächtnisprotokoll Fahrt mit Africare-Mitarbeiter, 21.9.; M 40a, Interview 1. Frau in Santhie Sader, 23.9.). Dabei zeigt sich vor allem an der Selbstzuschreibung als unwissend, dass man sich in der eigenen Denkweise dem Staat unterordnet. Zudem beschreibt eine der Aktiven aus einer Frauengruppe die auch organisatorisch starke Abhängigkeit der Gruppen von der staatlichen Unterstützung: Seit dem Regierungswechsel auf nationaler Ebene sei die zuvor intensive staatliche Betreuung weggefallen: *„Mais nous ne sommes pas bien placées pour gérer notre organisations. Parce que d'habitude c'est le gouvernement qui nous appuie. C'est lui qui faisait nos renouvellements, si on avait des problèmes c'est lui qui intervenait, vous savez? Avant, c'était le gouvernement qui prenait les décisions pour nous informer que nous allons renouveler nos organisations. Il envoyait des monitrices. C'est la monitrice rurale qui venait nous renouveler, notre bureau. Tout ce qu'on faisait, c'est le gouvernement qui nous donnait des instructions. C'est le gouvernement qui nous aidait, et les gpf ont vraiment atteint leurs buts. (...) Sans l'appui du gouvernement, il y a des difficultés. Nous seules, c'est un problème.* »<sup>44</sup> (M 46, Interview Vorsitzende Gesundheitsausschuss II,

---

<sup>43</sup> „Weißt Du, manchmal sind die Jungen schwierig zu verwalten. Manchmal gibt es Konflikte zwischen uns und dem Unterpräfekten.“

<sup>44</sup> „Aber wir sind nicht gut darin, unsere Organisationen zu verwalten. Denn der Gewohnheit nach unterstützt uns die Regierung. Sie macht unsere Neubesetzungen, wenn es Probleme gibt, greift sie ein, wissen Sie? Vorher war es die Regierung, die die Entscheidungen getroffen hat, uns zu informieren, dass wir unsere Organisation neu besetzen werden. Sie hat uns Aufseherinnen geschickt. Das war die ländliche Aufseherin, die kam um die

undatiert) Die jetzige Regierung favorisiere die Aufteilung der GPF in Gruppen von je zehn Frauen (club de 10). Dies sei ein Problem (ebd.)

Es zeigt sich, dass die Frauengruppen zumindest in der Wahrnehmung in einem noch stärkeren Maß vom Staat abhängig sind als die Jugendgruppen. Zumindest in Medina Sabakh scheint es eine unabhängige bäuerliche Frauenorganisation nicht zu geben. In Bezug auf die Gestaltungsmacht ist festzustellen, dass diese im Sinne einer Unabhängigkeit der zivilgesellschaftlichen (Frauen-) Gruppen von staatlichen Stellen nicht gegeben ist.

### **4.3. Zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Selbstverwaltung**

Es wird vor allem der Frage nach der Möglichkeit nachgegangen, ob die zivilgesellschaftlichen Gruppen gegenüber der lokalen Selbstverwaltung eine Kontrollfunktion in der lokalen Demokratie einnehmen können. Weiterhin ist auch die Frage, wie sie eventuell gegenüber dem Landgemeinderat selbst (mit-)gestaltend auftreten können, in dem sie beispielsweise ihre eigenen Inhalte und Vorstellungen in dessen Politik verankern können, leitend.

Am ehesten können die Jugendlichen über ihre auf der Ebene der Landgemeinde angesiedelte Struktur des Jugendhauses (foyer des jeunes) Kontrolle und Einfluss gegenüber dem Landgemeinderat ausüben. Wenn es unter den Jugendlichen Vorschläge und Vorhaben gebe, nehme der gewählte Vorstand (bureau) des Jugendhauses Kontakt zum Rat auf und unterbreite ihm diese, so der Vorsitzende des Jugendhauses (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.). Das Jugendhaus kann zumindest dieser Darstellung nach als legitimes Sprachrohr einer sozialen Gruppe fungieren. Es ist eine zivilgesellschaftlich organisierte Institution zur Kommunikation mit der Politik. So trifft man bei den dort Aktiven auch eine genaue Kenntnis der Strukturen und Verantwortlichkeiten innerhalb der lokalen Selbstverwaltung an. Z.B. wird die Bereitstellung von Geldmitteln für die Renovierung des Jugendhauses vom Rat bzw. seinem Jugendausschuss gefordert. Dies wird mit der festgelegten politischen Zuständigkeit bzw. Verantwortlichkeit des Rates begründet und nicht im Sinne eines klientelistischen Bittstellens formuliert (M 29, Gedächtnisprotokoll Besuch Foyer des Jeunes, 16.9.). Dazu kommt, dass unter den Landgemeinderatsmitgliedern einige Aktive aus zivilgesellschaftlichen Gruppen anzutreffen sind. So ein Aktiver aus der Jugendorganisation und ein Aktiver der ElternvertreterInnen der SchülerInnen (M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.; M 19, Interview Vertreter der Eltern der SchülerInnen, 3.9.). Diese betrachten sich bewusst als Angehörige ihrer jeweiligen Gruppe im Rat. Es wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass

---

Neubesetzung durchzuführen, unser Vorstand. Alles was wir gemacht haben, die Regierung hat uns Anweisungen gegeben. Die Regierung hat uns geholfen und die Frauengruppen haben ihre Ziele wirklich erreicht. Ohne die Unterstützung der Regierung gibt es Schwierigkeiten. Wir alleine, das ist ein Problem.“

diejenigen, die eine angesehene zivilgesellschaftliche Stellung innehaben, eher gewählt werden (M 11, Interview Vorsitzende Finanzausschuss I, 24.8.). Als Beispiele für die Fähigkeit der Jungen, Kontrolle auszuüben, kann auch ihre politische Artikulation in dem bereits dargestellten Konflikt mit den Alten dienen. Einer der Aktiven kritisierte im Gespräch auch die in der lokalen Selbstverwaltung teilweise vorherrschende Vetternwirtschaft und formulierte sozialpolitische Themen (M 3, Interview Sekretär I, 19.8.). Dieser begründete seine Kritik auch ausdrücklich mit dem Verweis auf Demokratie. Der Begriff der Demokratie bezeichnet hier einen positiv konnotierten Soll-Zustand. Derselbe verwies allerdings darauf, dass diejenigen, die sich für die lokale Politik interessieren, rar sind (M 36, Interview Sekretär II, 20.9.). Zu der Rolle der Jugendorganisation in diesem Kontext siehe auch Lehrforschung Senegal (2005, S. 15). Bei den Frauengruppen konnte ich keine vergleichbaren Aktiven antreffen, wenn man von den wenigen weiblichen Ratsmitgliedern absieht, von denen zumindest eine auch in einer Gruppe Mitglied ist (M 46, Interview Vorsitzende Gesundheitsausschuss II, undatiert).

Zivilgesellschaftliche Gruppen sind also in begrenztem Maße in der Lage, eine Kontrollfunktion gegenüber der lokalen Selbstverwaltung einzunehmen und auch politische Inhalte im Sinne von Mitgestaltung dort einzubringen. Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Gruppen sind nur in geringem Umfang in der Lage, selbst gestalterisch auf den Entwicklungsprozess einzuwirken. Der Dezentralisierungsprozess ruft offenbar nur in geringem Maße eine lokal verwurzelte und demokratisch organisierte Dynamik für den Entwicklungsprozess hervor, soweit dies sich an der Fähigkeit der Zivilgesellschaft zu Gestaltung und Kontrolle festmacht. Der alte Autoritarismus kann eher wenig überwunden werden. Dennoch ist der Beitrag der Gruppen auf Grund ihres Selbsthilfecharakters nicht zu unterschätzen. Besonders die Frauengruppen leisten wichtige Arbeit für die Ernährungssicherheit in der Landgemeinde. Die klassischen Bauernorganisationen der 70er und 80er Jahre scheint es in Medina Sabahk ohnehin nicht in bedeutendem Maße gegeben zu haben, zumindest konnte niemand darüber Auskunft geben (vgl. zu Bauernorganisationen: Lachenmann 1990, S.56ff.; Lachenmann 1991). Es ist angesichts der von allen Befragten stets betonten Wichtigkeit der Gruppen jedoch davon auszugehen, dass auch die existierenden Gruppen in der Lage waren und sind, ihren Beitrag zur bäuerlichen Selbsthilfe und Ernährungssicherung der Bevölkerung zu leisten. Dies war und ist im ganzen Senegal ein nicht zu unterschätzender Verdienst der bäuerlichen (zivilgesellschaftlichen) Selbstorganisation z.B. durch den Versuch durch die Einrichtung von Getreidebanken Einfluss auf die Preise und die Versorgungssicherheit mit Getreide zu nehmen. Dies beschreibt unter anderem Stahlhut (Lehrforschung Senegal 1999, S. 87ff. / S.97).

## **5. Bedingungen und Diskurse in der Landgemeinde**

In diesem Kapitel sollen schließlich einige alle angesprochenen Bereiche durchziehende Querschnittsthemen angesprochen werden. Diese Gegebenheiten rahmen und durchziehen die meisten gesellschaftlichen Bereiche in der Landgemeinde. Alle durch die Dezentralisierung in Gang gesetzten Prozesse müssen darauf stoßen und damit umgehen. Die Bewertung des Dezentralisierungsprozesses und die Beantwortung der Frage nach der Möglichkeit einer durch die Dezentralisierung bewirkten lokal verwurzelten und demokratisch-dynamischen Entwicklung benötigt auch eine solche Querschnittsanalyse. Es wird ausgegangen von im Feld gesammeltem Datenmaterial wobei die Aussagen einerseits von Bauern und Bäuerinnen stammen sowie andererseits von Staatsbediensteten, hier vor allem vom Chef des CERP und dem Mitarbeiter des CERP mit der Zuständigkeit für Landwirtschaft (agent d'agriculture).

### **5.1. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit**

Die landwirtschaftliche Produktion in der Landgemeinde ist nicht (mehr) ausschließlich auf die Erdnusswirtschaft ausgerichtet, wie es noch Anfang der 1990er Jahre in den Regionen Kaolack und Fatick der Fall war (Abhängigkeit von der Weltmarktfrucht Erdnuss und darauf eingerichtete Organisation und Interaktion in der ländlichen Gesellschaft, „Erdnusslogik“, vgl. Lachenmann 1991, S.79/80). Alle befragten Bauer und BäuerInnen bezeichneten die Diversifikation der Landwirtschaft als positiv. Die Diversifikation wurde unter anderem mit der alten Regierung der sozialistischen Partei vor dem Regierungswechsel 2000 assoziiert (M 6, Interview Vorsitzender Landvergabeausschuss I, 20.8.). Die Erdnuss wird weiterhin als Verkaufsprodukt angesehen, während Hirse eher als Konsumprodukt, also als Subsistenzprodukt angebaut wird (u.a. M 23, Interview Bauer mit GIE, 4.9.). Die Erdnussproduktion wird weiterhin vom Staat aufgekauft, aber die alten Genossenschaften funktionieren nicht so wie früher (vgl. zu Genossenschaften: Lachenmann 1990, S.52ff.). Die wesentlichen Produkte sind neben der Erdnuss Hirse und Mais. Auch wird in einigen Dörfern Reis angebaut. Dazu kommt vereinzelt, hauptsächlich von Frauengruppen betrieben, Gemüseanbau (u.a. M 38, Gedächtnisprotokoll Tour mit Africare-Mitarbeiter, 21.9.; M 40d, Interview mit Bauern in Santhie Sader 23.9.). Die Subsistenzlandwirtschaft spielt eine bedeutende Rolle für alle ProduzentInnen. Einige produzieren nur für den eigenen Bedarf, aber alle produzieren auch für eigenen Bedarf (M 8, Interview Dorfcchef Medina Sabakh, 21.8.). Auch Leute, die einer anderen Tätigkeit nachgehen, betreiben in den meisten Fällen nebenbei Subsistenzlandwirtschaft. Viele ProduzentInnen verkaufen aber einen Teil ihrer Produktion, um ein Geldeinkommen zu erlangen (u.a. M 30, Interview Landkreisvorsitzende der GPF, 16.9.).

Der Chef des CERP betonte, es gebe keine klare Trennung zwischen Verkaufs- und Konsumprodukten. Auch die Erdnuss werde viel zum Eigenkonsum verwendet (M 24, Interview CERP, 6.9.). Die Erdnuss werde neben dem Staat auch an private große HändlerInnen verkauft. Diese zahlten oft besser (ebd.). Zur Produktivität der Landwirtschaft gab der Chef des CERP an, die Produktion steige in den letzten Jahren, weil die bebaute Fläche immer größer werde. Der Ertrag steige aber nicht proportional zu der Zunahme der Fläche. Dies liege an der Verarmung der Böden (aprouissement). Früher habe man pro Hektar eine Tonne erwirtschaften können, heute nur 500 bis 600 kg. Dazu habe wesentlich die einseitige Erdnusswirtschaft beigetragen. Die Diversifikation der Produktion einhergehend mit Wechselfeldbau seien nutzbringende Reaktionen darauf. Dies sei in der Bevölkerung ausreichend bekannt. Allerdings sei dies, wie auch die Möglichkeit, Land zeitweise brach liegen zulassen, schwer umzusetzen, da das Land im Verhältnis zur wachsenden Bevölkerung knapp werde (ebd.). Der Chef des CERP nannte als Hauptproblem der Landwirtschaft die Kombination von Verschlechterung der Böden, ungenügendem Gerätebestand, schlecht ausgebildeten Bauern und schlechter Qualität des Saatgutes (zur Produktivität der Landwirtschaft in Medina Sabakh vgl. Exzerpt Lachenmann PLD Medina Sabakh 2005; Exzerpt Krenz-Dewe PLD Medina Sabakh 2005). Eine Verantwortung schrieb er der staatlichen Agrarforschung zu bzw. dem Staat, der diese nicht genug finanziere. Die Bauern und BäuerInnen gaben zum Thema Saatgut an, dass dieses sowohl aus eigenem Bestand stamme, aber auch zu großen Teilen zugekauft werde. Es wird offenbar tendenziell eher Saatgut für Erdnuss und Reis gekauft, während vor allem Saatgut für Hirse eher aus eigenen Beständen stammt (u.a. M 40a/b/d Interviews in Santhie Sader, 23.9.). Bei Angewiesenheit auf Saatgutkauf komme es teilweise dazu, dass kein Saatgut geliefert werde, so dass kein Anbau stattfinde, so befragte Bauern (ebd.). Der Chef des CERP betonte hier die komplizierte Lagerung des Saatgutes über das Jahr und ergänzte, das oft aus Lebensmittelknappheit auf das Saatgut für den Konsum zurückgegriffen werde (M 24, Interview CERP, 6.9.). In der Landgemeinde findet kaum Einsatz von Traktoren statt, weil die Mieten dafür zu hoch sind. Einsatz von Arbeitsvieh findet statt, es verfügen aber nicht alle über Tiere (ebd., M 40d, Interview Bauern in Santhie Sader, 23.9.). Lohnarbeit auf den Feldern findet zum Teil statt, ist aber nicht vorherrschend (M 6, Interview Vorsitzender Landvergabeausschuss I, 20.8.; M 28, Gesprächsprotokoll Bauer und Schwager, 14.9.).

Die Ernährungslage ist offenbar zeitweise besonders vor der Ernte für einen Teil der Bevölkerung in der Gemeinde prekär. Es bestehe eine Abhängigkeit von staatlichen Nahrungslieferungen und oft sei kein Geld für Dünger da (M 20, Interview Vorsitzende

Finanzausschuss III, 4.9.; M 40d; Interview Bauern in Santhie Sader, 23.9.; M 48, Interview GPF-Vorsitzende, unbekanntes Dorf, undatiert). Der Chef des CERP prognostizierte, auf Grund von Bevölkerungswachstum und Verarmung der Böden werden sich sowohl Geldeinkommen als auch Ernährung der Bevölkerung weiter verschlechtern. In diesem Kontext wies er auch auf die zu wenige Einrichtung von Getreidebanken hin, die bisher fast nur durch Frauengruppen betrieben werde (M 24, Interview CERP, 6.9.). Die in diesem Zusammenhang wichtigen Getreidemühlen sind nicht in allen Dörfern vorhanden. Sie werden teils durch Gruppen betrieben aber auch privat. Zur Bezahlung der Nutzung ist Geldeinkommen nötig (M 20, Interview Vorsitzende Finanzausschuss III, 4.9.; M 40a/d, Interviews in Santhie Sader, 23.9.; M 48, Interview GPF-Vorsitzende, unbekanntes Dorf, undatiert). Sonstige Probleme sind: Keine Geldmittel zur Errichtung von Schutzzäunen um Felder, schlechte Regenzeiten und teilweise Landkonflikte (ebd.).

Die ProduzentInnen haben sich oft zu GIE (groupement d'intérêt économique) zusammengeschlossen. Über diese staatlich registrierten Gruppen ist es den Bauern und Bäuerinnen möglich an Kredite vor allem bei der staatlichen Agrarkreditbank zu kommen. Sie kommen allerdings fast nur zusammen um gemeinsam die Höhe des zu beantragenden Kredites festzulegen und nach der Ernte, um die Rückzahlung zu bewältigen. Die Kredite werden gebraucht, um Dünger und Saatgut zu kaufen. Die meisten GIE bestehen fast nur aus Männern. Einige Frauengruppen sind allerdings auch als GIE registriert. Die meisten GIE haben keine weiteren Aktivitäten wie zum Beispiel das Betreiben von Gemeinschaftsfeldern. Einige GIE funktionieren nicht mehr. Dies liegt offenbar vor allem an Rückzahlungsschwierigkeiten durch schlechte Ernten (M 22, Interview Vorsitzender Landvergabeausschuss II, 4.9.; M 23, Interview Bauer mit GIE, 4.9.). Der Chef des CERP beschrieb als Schwäche der GIE, dass die Mitglieder über die gemeinsame Kreditaufnahme hinaus kaum zusammenarbeiteten. Dies liege an der Mentalität, nach der immer jeder für sich wirtschaften wolle (M 24, Interview CERP, 6.9.). Das gemeinsame Arbeiten scheint der gängigen männlichen Identität zuwider zulaufen. Die bei den Frauengruppen übliche Gemeinschaftsarbeit lehnten die Männer auf Grund ihrer Mentalität ab (ebd.). Wenn man nicht in einer offiziell registrierten Gruppe Mitglied ist und somit kein Zugang zur staatlichen Agrarkreditbank besteht, muss auf andere Banken wie Crédit Mutuel Sénégalaise zurückgegriffen werden. Dort gibt es aber offenbar schlechtere Bedingungen. Eine Art Pfandsystem erfordert als Voraussetzung für die Kreditaufnahme Spareinlagen bei der Bank. Außerdem seien die Zinsen dort höher (ebd., M 23, Interview Bauer mit GIE, 4.9.). Insgesamt also gibt es in der Landwirtschaft einige Probleme. Die Ernährungssicherheit der Bevölkerung scheint mittelfristig nicht gewährleistet.

## 5.2. Geschlechterverhältnisse

Über die bereits angesprochenen Geschlechterverhältnisse in der lokalen Selbstverwaltung hinaus lassen sich einige generelle für den Entwicklungsprozess relevante Aussagen machen. Besonders in Bezug auf die Landwirtschaft liegt eine deutliche geschlechtsspezifische Arbeitsteilung vor. Diese wird gestützt von einer männlichen Ernährerideologie. Dem Chef der Familie wird die Rolle des alleinigen Ernährers zugesprochen. Darum, so die Logik, ist es gerechtfertigt, dass das meiste bewirtschaftungsfähige Land erwachsenen Männern gehört. Auf den Feldern des Familienchefs arbeiten dessen Frauen und die Kinder des Chefs, dieser selbst eher weniger (M 46, Interview Vorsitzende Gesundheitsausschuss II, undatiert; M 40c, Interview GPF-Vorsitzende Santhie Sader, 23.9.; auch habe ich dies in meiner Gastgeberfamilie ausführlich beobachten können). Der Chef verkauft die Ernte und hat davon die ganze Familie zu ernähren. Dabei wird die Arbeit der Frauen auf den Feldern nicht als Beitrag zur Ernährung angesehen. „*C'est moi, qui achète tous, les autres ne contribuent riens*“<sup>45</sup>, so der Vorsitzende des Landgemeinderates und Chef seiner Familie dazu (M 18, Informelles Gespräch mit dem Landgemeinderatsvorsitzenden, 3.9.). Die Männer erledigen in einigen Fällen die Arbeit, die als „schwer“ eingestuft wird, wie das Pflügen mit dem Pferd. Es ist allerdings offensichtlich, dass die Frauen die meiste Arbeit erledigen. Dazu kommt, dass sie allein für die Reproduktionsarbeit zuständig sind. Unterstützung erfolgt durch die Kinder, wobei auch dabei bestimmte Tätigkeiten weiblichen und männlichen Kindern zugeordnet werden (Ich stütze mich hier in weiten Teilen auf Beobachtungen im Alltag der Gastgeberfamilie und in den benachbarten Familien, aber auch auf gezielte Nachfragen den Tagesablauf von Frauen betreffend in M 41, Interviews Kohel, 24.9.). Von der Vorsitzenden des Finanzausschusses wurde die Lage der Frauen so beschrieben: Der Mann kauft Hirse oder einen Sack Reis und das ist alles. Die Frauen müssen dann dafür sorgen, dass die Familie ausreichend ernährt wird. Sie sind dabei oft angewiesen auf ihre persönlichen Geldeinkünfte aus dem Kleinhandel. Damit müssen sie auch oft alle sonstigen persönlichen Bedürfnisse und die ihrer jüngeren Kinder befriedigen. Die Frauen seien überlastet, arbeiteten ständig und würden deshalb schnell altern (M 20, Interview Vorsitzende Finanzausschuss III, 4.9.). Die Frauen seien diejenigen, die sich durchschlagen und dabei auch für ihre Kinder verantwortlich sind. Es wird offensichtlich, dass es sich bei dem Bild des die ganze Familie ernährenden Familienchefs um Ideologie handelt. Die Frauen tragen durch ihre Feldarbeit einen wesentlichen Beitrag zur Subsistenz der Familie bei und sind darüber hinaus für die meiste sonstige Arbeit zuständig. Dennoch sind sie mit Verweis auf die Ernährerrolle des Chefs der Familie von Entscheidungen und Mitsprache weitgehend

---

<sup>45</sup> „Ich kaufe alles. Die andern tragen nichts bei.“

ausgeschlossen. Ebenso wird Landumverteilung dadurch erschwert. Die Ernährerideologie dient der Absicherung der patriarchalen Struktur der ländlichen Gesellschaft. Es kommt dazu, dass Frauen, die oft keine Schulbildung besitzen, ständig als unwissend konstruiert werden und sie selbst diese Sichtweise auch übernehmen (M 11, Interview Vorsitzende Finanzausschuss I, 24.8.). Eine offene Politisierung des Geschlechterverhältnisses findet nicht statt. Auch wird die zweigeschlechtlich normierte Identitätsordnung an keiner Stelle angekratzt. Nur in dem Dorf Kohel sind sich als Männer definierende Personen in einem GPF Mitglieder (M 41, Interviews Kohel, 24.9.). Auch Differenzen unter Frauen werden nicht wahrgenommen. Es geht immer um „die Frauen“, für die etwas getan werden soll, im Sinne einer einheitlichen Gruppe mit einheitlichen Bedürfnissen.

### **5.3. Diskurse in der Landgemeinde**

In diesem Kapitel soll dargestellt werden, welche inhaltlichen Leitmotive in den Interviews und sonstigen Gesprächen, die im Feld geführt worden sind, in vielen Fällen vorherrschend waren. Dies soll der Rahmung und Kontextualisierung der Bewertung von entwicklungspolitisch relevanten Ereignissen dienen.

#### **Entwicklung**

Es ließ sich feststellen, dass entgegen einiger Annahmen besonders für die junge Generation die Vorstellungen von einer positiv gearteten Zukunft bzw. von Entwicklung mit der Betätigung in der Landwirtschaft verbunden sind. So richten sich viele Ideen und persönliche Vorhaben auf die Entwicklung und Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft. Es scheint klar zu sein, dass die Gesellschaft der Landgemeinde ihren ländlichen Charakter auf absehbare Zeit behalten wird. Dem positiven Bezug auf die Landwirtschaft steht allerdings der große Wunsch sehr vieler junger Menschen, vor allem der Männer, nach zeitweiliger oder dauerhafter Migration in die Städte oder sogar nach Europa entgegen<sup>46</sup>. Die Zukunft in der Landgemeinde wird aber mit landwirtschaftlicher Arbeit verbunden (u.a. M 32, Interviews Boumbouné, 17.9.; ich beziehe mich hier auch viel auf zum Teil persönliche Gespräche, die neben den „offiziellen“ Interviews oft stattfanden). Der Bezug auf Arbeit ist dabei wichtig. „Arbeit“ erscheint als wichtige Größe. Der Begriff steht in Verbindung zu Ehrlichkeit und Hoffnung auf Verbesserung der Lebenssituation (u.a. M 41, Interviews Kohel, 24.9.). Des Weiteren wird Fortschritt auch mit Organisation, durchaus im zivilgesellschaftlichen Sinne verbunden. Fortschritt meint unter anderem „was gut für die Kinder ist“ und „mehr Geld“ (ebd.). Vereinzelt wurde Entwicklung auch als Emanzipation beschrieben (M 13, Gesprächsprotokoll Africare-Mitarbeiter, 1.9.). Es

---

<sup>46</sup> Wobei den Leuten sehr bewusst ist, dass dies auf Grund der restriktiven Migrationspolitik der EU-Staaten kaum möglich sein wird. Die Bilder der im Mittelmeer ertrunkenen AfrikanerInnen sind bekannt.

ist jedoch im Gegensatz dazu oft auch ein paternalistisches Verständnis von Entwicklung anzutreffen. Vorstellung ist, dass der Staat oder die Geber oder auch der Landgemeinderat für Befriedigung der Bedürfnisse (besoins) der Bevölkerung zu sorgen haben.

### **Wissen**

Der Begriff von (etwas) wissen (savoir) oder (sich über etwas) bewusst sein (être conscient) stand meistens im Zusammenhang mit modernem bzw. okzidentalem Wissen. Das heißt vor allem die Beherrschung der französischen Sprache und eine damit verbundene Alphabetisierung. Im engeren Bezug auf Entwicklung sind damit meistens Kenntnisse in moderner Verwaltungsarbeit wie etwa Buchhaltung, Finanzplanung und Antragswesen gemeint. Der Erwerb dieses Wissens ist meistens formal in Ausbildungen organisiert, die von Staat und Gebern durchgeführt werden und ist auch nur so vorstellbar. Die Ausbildungen bekommen einen Ausschließlichkeitscharakter: *« Il faut former toutes les structures des femmes, groupements, GIEs, pour les faire savoir ce que faire. Après les formations, elles peuvent bénéficier d'aides, améliorer leurs conditions de la vie. Mais d'abord il faut les former. Il y a des femmes qui sont dans les GPF, mais ne savent même pas gérer, la façon de gérer, la façon de concevoir (begreifen). Les femmes ne savent pas parce qu'elles n'ont pas de formations ».*<sup>47</sup> (M 11, Interview Vorsitzende Finanzausschuss I, 24.8.) Staat und Gebern wird die Verfügung über dieses Wissen zugeschrieben. Nur sie erscheinen in der Wahrnehmung autorisiert, die Zuteilung und Auswahl der jeweiligen Inhalte vorzunehmen. Damit geht die Abwertung des eigenen traditionellen Wissens einher. Tradition wird oft mit Nicht-Wissen in Verbindung gebracht. Das eigene ländliche Milieu wird als rückständig wahrgenommen. Wie bereits dargestellt wurde, untergräbt diese (Re)Konstruktion der eigenen Unwissenheit das Vertrauen in die eigene Handlungsmacht (agency) (u.a. M 3, Interview Sekretär I, 19.8.; M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.; M 13, Gesprächsprotokoll Africare-Mitarbeiter, 1.9.). Lachenmann (2004) zeigt dazu z.B. die Gefahr auf, dass dadurch, dass die lokale Selbstverwaltung ihre eigenen Entwicklungspläne durch dominantes technisches Wissen strukturiert, bei Hereinholung externer Kompetenz jetzt erst eine „tatsächliche Modernisierung von oben stattfinden“ könnte „und durch das Eindringen in alle Handlungsstrukturen die lokale Situation und die Alltagsrealität und damit das lokale Wissen vollends vereinnahmt werden“ (S.6). Ein entwicklungspolitisches Problem dabei sei, dass besonders die Wissensinhalte, bei

---

<sup>47</sup> „Man muss alle Strukturen der Frauen, Gruppen, GIE ausbilden, damit sie etwas wissen. Nach den Ausbildungen können sie von Hilfe profitieren und ihre Lebensbedingungen verbessern. Aber zuerst muss man sie ausbilden. Es gibt Frauen, die sind in Gruppen, aber wissen nicht, wie man verwaltet, wie man begreift. Die Frauen wissen nichts, denn sie hatten keine Ausbildungen.“

denen es um Querschnittsbereiche geht, „die sich mit dem Alltag der lokalen Ökonomie zwischen Subsistenz und Markt sowie Solidaritätssystemen beschäftigen“ (S.7), verloren gehen.

### **Entpolitisierungen von Konflikten**

Während der Feldforschung fiel bei Beschreibungen einer (sozialen) Gruppe über eine andere eine Tendenz auf, Konflikte oder Interessenverschiedenheiten als nicht wichtig abzutun bzw. sogar zu verneinen. Dabei wurde häufig eine vermeintliche Gemeinschaftlichkeit betont. Dies zeigt sich auch im Umgang mit dem Politikbegriff. Politik scheint für die Sphäre der Parteipolitik zu stehen, in der es um konkurrierende Parteien mit differierenden Inhalten geht. Dies, so wurde häufig gesagt, sei aber im Landgemeinderat unwichtig, denn dort ginge es um die Interessen des ganzen „Volkes“ (peuple) oder darum, etwas für die Gemeinde zu tun. Auch Konflikte im Zusammenhang mit den Geschlechterverhältnissen werden oft banalisiert und entpolitisiert mit dem Bezug auf die Gemeinde oder das Dorf, für das man etwas tun wolle. Ebenso wird die Auseinandersetzung der Jungen und Älteren in der lokalen Selbstverwaltung teilweise entpolitisiert. Dazu kommt, dass Gruppen sich auch intern als Gemeinschaften stilisieren, die über den politischen Dingen stehen, wie im Falle der Jugendorganisation. Es ist die Rede davon, für alle Jungen aktiv zu sein und alle zu repräsentieren, wobei Politik nicht wichtig sei (u.a. M 8, Interview Dorfcchef Medina Sabakh, 21.8.; M 11, Interview Vorsitzende Finanzausschuss I, 24.8.; M 12, Interview Vorsitzender Jugendhaus, 24.8.; M 25, Interview Jugendaktivst, 8.9.). Diese Neigung zur Entpolitisierung von Konfliktlinien muss bedacht werden, wenn die lokale Demokratie gefördert oder bewertet werden soll.

### **6. Schlussbetrachtung: Dezentralisierung und Demokratie: Probleme und Möglichkeiten**

Kann die Dezentralisierung einen dynamischen lokalen Entwicklungsprozess im Rahmen lokaler Demokratie hervorrufen? Und kann die Zivilgesellschaft an diesem Prozess eigenständig gestaltend und kontrollierend mitwirken? Ist es möglich, sich von staatlicher Bevormundung frei zumachen? Diesen Fragen ist nachgegangen worden, indem die Gestaltungsmacht der Akteure Zivilgesellschaft und Selbstverwaltung untersucht worden ist. Es sind in den Einzelkapiteln einige Problemstellungen untersucht worden, die auf eine Einschränkung der Gestaltungsmacht hinweisen: Im Falle der lokalen Selbstverwaltung scheinen die wichtigsten Probleme die Umgehung der demokratischen Strukturen durch die weiterhin machtvolle Stellung der alten Eliten, die prekäre Finanzlage sowie die schwache Stellung gegenüber dem autoritären Staat zu sein. Die zivilgesellschaftlichen Gruppen haben ebenfalls eine sehr schwache Position gegenüber dem Staat und sind nur sehr wenig in der Lage im Sinne ihrer Interessen politisch zu handeln. Sie stellen zwar in einigen Fällen Forderungen,

können aber nur wenig gestalten. Allerdings können sie im Rahmen der lokalen Demokratie Akzente setzen und teilweise Kontrollfunktion übernehmen. Beide Akteure, Zivilgesellschaft wie lokale Selbstverwaltung, leiden an der Selbstzuschreibung als unwissend. Man beruft sich wenig auf eigene Konzepte und Vorstellungen und akzeptiert so die Positionen, die vom Staat zugewiesen werden. Dies wird letztlich unter anderem begünstigt durch die vorhandene Abhängigkeit der lokalen Bevölkerung von staatlichen Nahrungsmittel- und Saatgutlieferungen. Die teilweise schlechte Lage der Ernährungssicherung und der Produktivität der Landwirtschaft macht den Staat als Bezugspunkt unabdinglich. Dies befördert sicherlich das sozial konstruierte Bild der unwissenden und zu eigener Selbstentwicklung unfähigen lokalen Bevölkerung. Bei den Frauengruppen und Frauen allgemein kommt hinzu, dass sie auf Grund der beschriebenen Geschlechterverhältnisse eine marginale Stellung im öffentlichen Raum einnehmen, was sich offensichtlich bisher im Dezentralisierungsprozess kaum ändert. In Medina Sabakh konnten wir die klassischen Bauernorganisationen nicht antreffen. Eventuell hat es dort keine solche Organisation gegeben. Damit könnte zusammenhängen, dass die durchaus vorhandenen Selbsthilfestrukturen zwar für die nötigste Ernährungssicherung sorgen, aber nicht weiter offiziell organisiert sind, wie die Frauengruppen und GIE.

Trotzdem war bei vielen Personen das Bewusstsein von Veränderung im Zusammenhang mit der Dezentralisierung vorhanden, besonders bei den jüngeren. Die Eigenwahrnehmung auch im Landgemeinderat ist durchaus von der Möglichkeit zur eigenen Gestaltung geleitet. Die Dezentralisierung wird nicht nur als der „kürzere Weg“ zur nächsten Verwaltungsinstitution wahrgenommen, sondern als die Chance zur Mitgestaltung und auch als Weg zur Demokratie wahrgenommen. Dabei wird besonders von den Jungen das eigene Engagement der Leute vor Ort eingefordert. Für Medina Sabakh und besonders für die Zivilgesellschaft wird die Einführung des zur Zeit anlaufenden Armutsbekämpfungsprogramms PSAOP (Programme des Services Agricoles et d'Appui aux Organisations des Producteurs), das neben der Weltbank und dem senegalesischen Staat auch von dem Zusammenschluss der (zivilgesellschaftlichen) Organisationen der ProduzentInnen, CNCR (Cadre National de Concertation et de coopération des Ruraux) auf nationaler Ebene, mitgetragen wird, ein wichtiger Schritt sein. Damit verbunden wird die Einrichtung und Unterstützung eines lokalen Zusammenschlusses von ProduzentInnenorganisationen (Cadre Local de Concertation des Organisations des Producteurs / CLCOP) sein. Eventuell kann hier eine neue Dynamik für die Gruppen entstehen, weil sie dadurch direkt als politische Akteure angesprochen werden (dazu vgl. Lehrforschungsbericht Ehlert 2005; Exzerpt Bleibaum 2005; Exzerpt Ehlert 2005; Exzerpt Krenz-Dewe 2005 Présentation du PSAOP; zum Einbezug des CNCR in das Programm vgl. auch M 50

Gesprächsprotokoll von Frauke Bleibaum zum Gespräch mit Marius Dia, 12.8.2004). Bis jetzt zumindest kann für Medina Sabakh nur in begrenztem Maße von einem dynamischen lokalen Entwicklungsprozess im Rahmen lokaler Demokratie gesprochen werden.

In einem der Berichte zur Lehrforschung 1998 im Senegal wird in den Schlussbetrachtungen die Frage gestellt, ob die zivilgesellschaftlichen Gruppen und die Selbstverwaltungsorgane in der Lage sind, aus der „formalen Demokratie“ eine partizipative, aktive Demokratie mitzugestalten (Pohl 1999, S.185). Verbunden wird dies mit der Behauptung, dass davon die Zukunft der ländlichen Bevölkerung abhängt. Diese Frage kann für 2004 teilweise bejaht werden. Die lokale Selbstverwaltung kann im Fall Medina Sabakhs durchaus als aktive Demokratie bezeichnet werden. Die Probleme der ländlichen Bevölkerung werden dadurch allerdings nicht notwendigerweise behoben. Die Frage scheint nun hauptsächlich zu sein: Wie kann diese lokale Demokratie, das heißt die Selbstverwaltungsorgane und die zivilgesellschaftlichen Gruppen sich von den VertreterInnen des Staates auf der lokalen Ebene emanzipieren? Dies hängt wiederum mit ihren finanziellen Möglichkeiten zusammen und damit auch dem Auftreten der EZ. Diese sollte die Planung und Durchführung von Projekten noch mehr in die Hände des Gemeinderates legen und muss darauf achten, dass das Instrument der GemeinwesenarbeiterInnen nicht eine demokratisch unkontrollierte Eigendynamik entwickelt und dadurch die Stellung des Rates schwächt. Daneben scheint vor allem auf Seiten des Staates zwar die Bereitschaft zu bestehen, die Dezentralisierungsmaßnahmen formal umzusetzen, aber letztlich wenig politischer Wille vorhanden zu sein, die lokalen VerantwortungsträgerInnen im Rahmen ihrer Zuständigkeitsbereiche wirklich selbstständig agieren zu lassen. Dies zeigt sich vor allem durch die Konstruktion des angeblichen Nicht-Wissens der Landgemeinderatsmitglieder und anderen Aktiven an der Basis. Hier gibt es offensichtlich noch viel Bedarf zur Veränderung.

Es bleibt zu hoffen, dass die Dezentralisierung im Senegal dennoch im Sinne einer Demokratisierung erfolgreich weiter verlaufen wird. Dazu ist die weitere Stärkung der Selbstverwaltung und der zivilgesellschaftlichen (Selbsthilfe-)Strukturen absolut notwendig.

## Literatur

Arce, Alberto / Long, Norman: The dynamics of knowledge: Interfaces between bureaucrats and peasants. In: Long, Norman / Long, Ann (Hrsg.): The battlefields of knowledge: the interlocking of theory and practice in social research and development. London: Routledge, 1992, S.211-246.

Bierschenk, Thomas / Olivier de Sardan, Jean Pierre: Dezentralisierung und lokale Demokratie: Macht und Politik im ländlichen Benin in den 1980er Jahren. In: von Trotha, Trutz / Rösel, Jacob (Hrsg.): Dezentralisierung, Demokratisierung und die lokale Repräsentation des Staates. Köln: Rüdiger Köppe, 1999, S.37-68.

Bierschenk, Thomas / Chaveau, Jean-Pierre / Olivier de Sardan, Jean-Pierre: Lokale Entwicklungsmakler: Zur Soziologie von Zivilgesellschaft und partizipativer Entwicklungshilfe in Afrika. In: Schrader, Heiko / Kaiser, Markus / Korff, Rüdiger (Hrsg.): Markt, Kultur und Gesellschaft: Zur Aktualität von 25 Jahren Entwicklungsforschung. Hamburg: Lit-Verlag, 2001, S.211-238.

Bleibaum, Frauke: Exzerpt GTZ-Papier zum Programm PSAOP (Programme des Services Agricoles et d'Appui aux Organisations des Producteurs), 2005.

Blundo, Giorgio: Elus locaux et courtiers en développement au Sénégal. Trajectoires politiques, modes de légitimation et stratégies d'alliances. In Bierschenk, Thomas / Chaveau, Jean-Pierre / Olivier de Sardan, Jean-Pierre (Hrsg.): Courtiers en développement: Les villages africaines en quête de projets. Paris: Karthala, 2000, S.71-100.

Coopération Sénégal-Allemande (Hrsg.): Programme Lutte contre la pauvreté en milieu rural dans la région du Bassin Arachidier - rapport d'instruction. Kaolack, 2003.

Diop, Abdoulaye-Bara: La société Wolof: Les systèmes d'inégalité et de domination. Paris: Karthala, 1981.

Ehlert, Judith: Exzerpt GTZ-Papier zum Programm PSAOP (Programme des Services Agricoles et d'Appui aux Organisations des Producteurs), 2005.

Ehlert, Judith: Lehrforschungsbericht. Bielefeld: Universität Bielfeld, Fakultät für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie, 2005.

Fischer, Hans: Feldforschungen: Erfahrungsberichte zur Einführung. Berlin: Dietrich Reimer, 2002.

Flick, Uwe: Design und Prozess qualitativer Forschung. In: Flick, Uwe / von Kardorff, Ernst / Steinke / Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2003, S.252-264.

Glaser, Barney / Strauss, Anselm: Die Entdeckung gegenstandsbezogener Theorie: Eine Grundstrategie qualitativer Sozialforschung. In Hopf, Christel / Weingarten, Elmar (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung. Stuttgart: Klett-Cotta, 1984, S.91-111.

Hitzler, Ronald / Eberle, Thomas S.: Phänomenologische Lebensweltanalyse. In: Flick, Uwe / von Kardorff, Ernst / Steinke / Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2003, S.109-117.

Hopf, Christel: Qualitative Interviews – ein Überblick. In: Flick, Uwe / von Kardorff, Ernst / Steinke / Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2003, S.349-360.

Krenz-Dewe, Daniel: Exzerpt 2005: République du Sénégal: Plan Local de Développement de Medina Sabakh. Medina Sabakh, 2003.

Krenz-Dewe, Daniel: Exzerpt: GTZ-Papier: Présentation du PSAOP (Programme des Services Agricoles et d'Appui aux Organisations des Producteurs) 2005.

Lachenmann, Gudrun e. al.: Bauernorganisation und Selbsthilfe im Senegal. Berlin: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 1990.

Lachenmann, Gudrun: Soziale Bewegungen als gesellschaftliche Kraft im Demokratisierungsprozess in Afrika? In: Afrika Spectrum, Vol.26, Nr.1, 1991, S.73-97.

Lachenmann, Gudrun: Methodenstreit in der Entwicklungssoziologie. Bielefeld: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie, 1995.

Lachenmann, Gudrun: Zivilgesellschaft und Entwicklung, Workingpaper Nr. 221. Bielefeld: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie, 1995.

Lachenmann, Gudrun: Die geschlechtsspezifische Aushandlung von lokalen Entwicklungsprozessen zwischen lokalen Bewegungen, Staat und Nichtregierungsorganisationen im Rahmen von Dezentralisierung und Armutsbekämpfung (Westafrika). Manuskript zur Jahrestagung der Vereinigung der Afrikanisten Deutschlands, Hannover 2004.

Lachenmann, Gudrun: Exzerpt 2005: République du Sénégal: Plan Local de Développement de Medina Sabakh. Medina Sabakh, 2003.

Lehrforschung Senegal 2005: Dezentralisierung, Zivilgesellschaft, Entwicklung, Workingpaper Nr.352. Bielefeld: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie, 2005.

Long, Norman: From a paradigm lost to a paradigm regained. In: Long, Norman / Long, Ann (Hrsg.): The battlefields of knowledge: the interlocking of theory and practice in social research and development. London: Routledge, 1992, S.16-46.

Mayer, Monika / Gueye, Awa / Diagne, Moustapha / Ndoye, Ismaila / Mayer, Martin: Pro-CR Fatick et Kaolack: Conception d'un système de suivie- rapport préliminaire. Coopération Sénégal- Allemande (Hrsg.) 2001.

Pitschas, Rainer: Dezentralisierung und Good Governance – Zivilgesellschaftliche Entwicklung im Konflikt mit dem effizienten Staat. In: Thomi, Walter / Steinich, Markus / Polte, Winfried (Hrsg.): Dezentralisierung in Entwicklungsländern. Baden-Baden: Nomos, 2001, S.125-149.

Pohl, Markus: Untersuchung der Beziehung zwischen den einheimischen Trägern entwicklungspolitischer Strukturanpassung und Dezentralisierung im Senegal unter besonderer Berücksichtigung der Jugend. In: Lachenmann, Gudrun: Abschlussbericht Lehrforschung 1999, Zivilgesellschaft in Senegal: Der Beitrag der Bauernorganisationen. Bielefeld: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie, 1999.

Schäfer, Georg: Dezentralisierung und Armutsbekämpfung, Beispiel Senegal. Dakar: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, 2002..

Schütz, Alfred / Luckmann, Thomas: Strukturen der Lebenswelt. Konstanz: UTB, 2003.

Stahlhut, Jörg: Die wirtschaftliche Dimension der Tätigkeit der Bauernorganisationen im Senegal unter der Berücksichtigung des Beitrages zu einer nachhaltigen Entwicklung und dem Wandel der Geschlechterverhältnisse. In: Lachenmann, Gudrun: Abschlussbericht Lehrforschung 1999, Zivilgesellschaft in Senegal: Der Beitrag der Bauernorganisationen. Bielefeld: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie, 1999.

Strauss, Anselm: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. München: Fink, 1994.

Thomi, Walter: Hoffnungsträger Dezentralisierung? Zur Geschichte, den Potentialen und den Perspektiven eines Instruments. In: Thomi, Walter / Steinich, Markus / Polte, Winfried (Hrsg.): Dezentralisierung in Entwicklungsländern. Baden-Baden: Nomos, 2001, S.17-41.

République du Sénégal: Plan Local de Développement de Medina Sabakh. Medina Sabakh, 2003.

Zohy, Bertrand: Lehrforschungsbericht. Bielefeld: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie, 2005.

## ANHANG

## Materialliste

**Fett:** Material wurde im Lehrforschungsbericht verwendet

Y: Interview / Gespräch wurde von Yulika Ogawa-Müller geführt

D: Interview / Gespräch wurde von Daniel Krenz-Dewe geführt

Y/D: Interview / Gespräch wurde von beiden gemeinsam geführt

Gruppe: Material entstand bei gemeinsamen Gesprächen mit der Lehrforschungsgruppe

Ü: Interview / Gespräch wurde mit ÜbersetzerIn geführt

Alle nicht anders gekennzeichneten Materialien entstanden in Medina Sabakh. Alle Daten beziehen sich auf 2004.

1. Gespräch mit Sohn des Landgemeinderatspräsidenten	17.8.	Y/D	
<b>2. Beobachtungsprotokoll réunion santé</b>	<b>18.8.</b>	<b>Y/D</b>	
<b>3. Gesprächsprotokoll Sekretär I</b>	<b>19.8.</b>	<b>Y/D</b>	
4. Fragen 18.8.	18.8.	D	
5. Interview Landgemeinderatspräsident	20.8.	Y/D	
<b>6. Interview Vorsitzender des Landvergabeausschusses I</b>	<b>20.8.</b>	<b>Y/D</b>	<b>Ü</b>
<b>7. Gespräch mit staatlichem Veterinär</b>	<b>21.8.</b>	<b>Y</b>	
<b>8. Interview Dorfchef Medina Sabakh</b>	<b>21.8.</b>	<b>Y/D</b>	<b>Ü</b>
9. Interview Direktor des Collège	24.8.	Y/D	
<b>10. Interview Sous Préfet</b>	<b>23.8.</b>	<b>D</b>	
<b>11. Interview Vorsitzende des Finanzausschusses I</b>	<b>24.8.</b>	<b>Y/D</b>	
<b>12. Interview Vorsitzender des Jugendhauses</b>	<b>24.8.</b>	<b>D</b>	
<b>13. Gespräch Africare Mitarbeiter, Gedächtnisprotokoll</b>	<b>1.9.</b>	<b>Y/D</b>	
<b>14. ASC Réunion Beobachtungsprotokoll</b>	<b>1.9.</b>	<b>D</b>	
<b>15. Interview Grundschulleiter</b>	<b>2.9.</b>	<b>Y/D</b>	
<b>16. Gespräch Vorsitzende des Finanzausschusses II, Gedächtnisprotokoll</b>	<b>1.9.</b>	<b>Y</b>	
<b>17. Gespräch Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Gedächtnisprotokoll I</b>	<b>1.9.</b>	<b>Y</b>	
<b>18. Informelles Gespräch Landgemeinderatsvorsitzender, Gedächtnisprotokoll</b>	<b>3.9.</b>	<b>Y/D</b>	
<b>19. Interview Vertreter der Eltern der SchülerInnen</b>	<b>3.9.</b>	<b>D</b>	
<b>20. Interview Vorsitzende des Finanzausschusses III</b>	<b>4.9.</b>	<b>Y/D</b>	
21. Protokoll PRIZ Treffen in Nioro	5.9.	Y/D	
<b>22. Interview Vorsitzender des Landvergabeausschusses II</b>	<b>4.9.</b>	<b>D</b>	<b>Ü</b>
<b>23. Interview Bauer mit GIE</b>	<b>4.9.</b>	<b>D</b>	<b>Ü</b>
<b>24. Interview CERP</b>	<b>6.9.</b>	<b>D</b>	
<b>25. Interview Jugendaktivist</b>	<b>8.9.</b>	<b>D</b>	
<b>26. GTZ Treffen Kaolack</b>	<b>10.9.</b>	<b>Gruppe</b>	
<b>27. Beobachtungsprotokoll Landgemeinderatssitzung</b>	<b>15.9.</b>	<b>Y/D</b>	
<b>28. Gespräch Bauer und Schwager, Gedächtnisprotokoll</b>	<b>14.9.</b>	<b>D</b>	
<b>29. Besuch im Jugendhaus, Gedächtnisprotokoll</b>	<b>16.9.</b>	<b>Y/D</b>	
<b>30. Interview Landkreisvorsitzende der GPF</b>	<b>16.9.</b>	<b>Y/D</b>	<b>Ü</b>
<b>31. Gespräch Vorsitzende des Finanzausschusses IV</b>	<b>17.9.</b>	<b>Y</b>	

<b>32. Interviews und Gedächtnisprotokoll Boumbouné</b>	<b>17.9.</b>	<b>Y/D</b>	<b>Ü</b>
33. Interview Vorsitzender der Viehhalter	17.9.	D	Ü
34. Interview Vorsitzender des Umweltausschusses	18.9.	Y/D	
35. Interview GIE Vorsitzender I	20.9.	D	
<b>36. Gespräch Sekretär II</b>	<b>20.9.</b>	<b>Y/D</b>	
37. Interview Pfleger im Gesundheitsposten	20.9.	Y/D	
<b>38. Unterwegs mit dem Aficare-Mitarbeiter Gedächtnisprotokoll</b>	<b>21.9.</b>	<b>D</b>	
39. Interview stellvertretender Landgemeinderatsvorsitzender	22.9.	Y/D	
<b>40. Interviews in Santhie Sader:</b>			
<b>a) mit einer Frau b) mit 2. Frau c) mit GPF-Presi     d) mit Bauern e) mit Jeunes</b>	<b>23.9.</b>	<b>D</b>	<b>Ü</b>
<b>41. Gedächtnisprotokoll / Interviews in Kohel</b>	<b>24.9.</b>	<b>Y/D</b>	<b>Ü</b>
<b>42. Interview Vorsitzender des Landvergabeausschusses III</b>	<b>25.9.</b>	<b>Y/D</b>	<b>Ü</b>
43. Interview GIE Vorsitzender II	25.9.	D	
44. Gespräch Mitarbeiter einer senegalesischen NRO Gedächtnisprotokoll	26.9.	Y/D	
<b>45. Interview Monitrice du CERP</b>	<b>undatiert</b>	<b>Y</b>	
<b>46. Interview Vorsitzende des Gesundheitsausschusses II</b>	<b>undatiert</b>	<b>Y/D</b>	
47. Interview Frau des Landgemeinderatsvorsitzenden	undatiert	Y/D	Ü
<b>48. Interview GPF Vorsitzende, Dorf X</b>	<b>undatiert</b>	<b>Y</b>	<b>Ü</b>
49. Interview Aficare-Mitarbeiter	undatiert	Y/D	
 <b>50. Gesprächsprotokoll Marius Dia, Kaolack, (erstellt von Frauke Bleibaum)</b>	 <b>12.8.</b>	 <b>Gruppe</b>	
51. Gesprächsprotokoll GTZ Gespräch, Kaolack	12.8.	Gruppe	